1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 13 vom 29. März 1985 19. Jahrgang 1 DM

Diese Woche

Tot...

...ist ein amerikanischer Major, Mitglied der Potsdamer Militärmission. Erschossen von einem sowjetischen Offizier bei Ludwigslust.

Wollte man die Sache genauso zynisch behandeln, wie es einst, beim Abschuß syrischer Flugzeuge durch US-Maschinen in der Presse der USA behandelt worden war, so müßte man kurz und bündig schreiben: UdSSR — USA: 1:0. Eine Herangehensweise allerdings, die man den amerikanischen Imperialisten überlassen sollte.

Daß die verschiedenen Militärmissionen in der BRD heute nichts anderes sind als legale Koordinationsstellen für Spionage, ist ebenso klar, wie es auch für die DDR gilt.

Die ganzen Reaktionen zeigen bisher, daß wohl alle davon ausgehen, daß der US-Major tatsächlich bei Spionagetätigkeit ertappt wurde und fliehen wollte.

Trotzdem zeigen sowohl Ereignis als auch Reaktionen, wie angespannt die Situation ist, wie sehr beide Seiten darauf aus sind, aus jedem Ereignis taktischen Nutzen zu ziehen.

Daß Spione weltweit aktiv sind, ist Tatsache. Ob auf „Berufsunfälle" dieser Branche mit sanfter Vertuschung oder verbalen Kraftakten (oder gar noch mehr) reagiert wird, das ist immer auch ein Gradmesser dafür, wie angespannt die Lage ist, wer welche Interessen verfolgt. Dies wird man in diesen Tagen besser beurteilen können als unmittelbar nach dem Zwischenfall.

Möglichkeiten gibt es dabei viele: Eben von schnell vergessen über eine „Mord-Kampagne" wie sie einst Strauß bei den Herztoden an der DDR-Grenze inszenierte, bis hin zu massiven Gegenmaßnahmen.

Daß dabei sofort über die Verhandlungen in Genf spekuliert wurde, ist auch ein Hinweis darauf, wie wenig klar der gegenwärtige Grad der Spannung in der Öffentlichkeit ist.

Größter Streik seit 10 Jahren

300 000 dänische Arbeiter im Streik!

In verschiedenen Branchen der dänischen Wirtschaft wird seit Sonntag dieser Woche gestreikt. Über 300 000 Kolleginnen und Kollegen sind daran beteiligt. Ihre Ziele: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Lohnerhöhung und Inflationsausgleich. Gewerkschaft wie Unternehmer hatten den Vorschlag des gesetzlichen Schlichters abgelehnt, der eine Verkürzung auf 38,5 Stunden innerhalb von zwei Jahren und Lohnerhöhungen im ersten Jahr von 3,5 Prozent im zweiten von 4,5 Prozent vorsah.

Der konservative Ministerpräsident Schlüter, einer aus der Riege der Kohl und Thatcher, die einen Aufschwung für die Kapitalisten nur auf dem Rücken der Arbeiter und Arbeitslosen durchpeitschen wollen, erklärte zwar zunächst, seine Regierung werde kein Antistreikgesetz machen. Diese Vorgehensweise hat in Dänemark „Tradition", schon oft beendeten Regierungen einen Streik zwangsweise.

Aber bereits bei der ersten Stellungnahme schränkte Schlüter ein, er werde dies in Frage stellen, wenn lebenswichtige Bereiche der Gesellschaft berührt würden. Nach dem Streikverlauf der beiden ersten Tage hat die Regierung in der Nacht vom Montag zum Dienstag bereits durchgetagt (hinter verschlossenen Türen), und es wird erwartet, daß sie für Anfang kommender Woche ein entsprechendes Gesetz verabschieden wird. Dies hängt auch damit zusammen, daß der Streik der Transportarbeiter auch die zuvor öffentlich geäußerte Hoffnung für Dänemark, ähnlich wie für England westdeutsche Streikbrecherkohle zu bekommen, zunächst scheitern ließ.

Die Führung des Gewerkschaftsbundes LO hat auf Großkundgebungen am Montag geäußert, sie werde sich an ein solches Gesetz halten und den Streik beenden. Darüber gibt es große Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften, die weit über das linke Spektrum hinausgehen, es wird die Forderung nach einem Generalstreik als Antwort diskutiert. Der Streik, wie auch die Forderung nach seiner Fortsetzung wird auch von der Dänischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten voll unterstützt.

Die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung und die revolutionäre Linke sollten sich bemühen, Solidaritätsarbeit zu diesem großen Streik bei unseren nördlichen Nachbarn zu organisieren.



Während des Kampfes um die 35-Stunden-Woche unterstützten auch Delegationen aus dem Ausland unseren Kampf. (Hier Kollegen aus Belgien bei der großen Demonstration in Bonn.) Jetzt brauchen die dänischen Arbeiter unsere Solidarität.

33. CDU-Parteitag in Essen

Beschäftigungsförderungsgesetz angepriesen

Mit einem Antrag zu einer „Offensive für mehr Arbeitsplätze" und einem Wahlaufruf für NRW ging am Freitag vergangener Woche der 33. Bundesparteitag der CDU in Essen zu Ende. Kohl, der bereits den Lagebericht gehalten hatte (siehe dazu Seite 3) hielt ein Schlußwort. Die neuen Leitsätze zur CDU-Frauenpolitik waren bereits am Vortag verabschiedet (siehe dazu ausführlicher auf Seite 11).

Kernpunkt des Antrags über Arbeitsplätze war die Anpreisung des neuen „Beschäftigungsförderungsgesetzes" der Bundesregierung. Mit diesem Gesetz, so wurde von verschiedenen Rednern unterstrichen, seien alle Voraussetzungen gesetzlicher Art für mehr Beschäftigung geschaffen worden. Jetzt komme es darauf an, daß statt mehr Überstunden zu fahren — mehr Teilzeitarbeit und Zeitarbeitsverträge verwirklicht würden.

In den politischen Plänen der Unternehmerpartei CDU stellt dieses Gesetz, das auf dem Parteitag so lautstark gepriesen wurde, tatsächlich einen wichtigen Meilenstein dar. Nachdem die sogenannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Kapitalisten, von der Steuer bis zu Subventionen massiv durch Umverteilung verbessert wurde, nun gesetzlich die Unternehmerwillkür im Betrieb wesentlich ausgedehnt, alle Arten von flexibler, individuell — und das heißt eben stets in der Praxis durch den Unternehmer — geregelter Arbeitszeit ausgedehnt.

Hinter verschiedenen wahltaktischen Manövern, die natürlich besonders im Wahlaufruf für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zum Tragen kamen, taucht dieser Appell an die Unternehmer, die Möglichkeiten dieses Gesetzes nun voll zu nutzen, als wesentlicher Kern der politischen Aussagen dieses CDU-Parteitages zur Wirtschaftspolitik auf.



***„Die Erschießungen von Donnerstag sind eine Bürgerkriegserklärung"*, erklärten Vertreter der südafrikanischen Widerstands- und Oppositionsbewegung nach dem Massaker in der Nähe der Industriestadt Uitenhage. Als Antwort auf das Massaker hat es viele wütende Proteste gegeben, Kollaborateure wurden getötet, die Häuser und Autos schwarzer Polizisten in Brand gesteckt. Unser Bild zeigt Teilnehmer der Beerdigung, die in der vergangenen Woche wegen der Polizeimorde nicht stattfinden konnte. Mit erhobenen Fäusten zeigten die mehreren tausend Teilnehmer der Beerdigung ihren Widerstandswillen gegen die mörderische Rassistenpolitik.**

Mehr zu den Vorfällen in Südafrika auf Seite 10.

Vor konzertierter Aktion im Gesundheitswesen

Blüm geht den „üblichen Weg"

Zeitgenau vor der anberaumten Sitzung der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen wurden die neuen Zahlen der Kostenentwicklung veröffentlicht: um 8 Prozent seien sie im letzten Jahr gestiegen. Damit soll Stimmung gemacht werden für die seit langem im Ministerium Blüm ausgearbeiteten Pläne zur Verteuerung und Verschlechterung der sozialen Krankenversicherung.

Zwar wird auch offiziell zugegeben, daß Kosten aller Art weiter angestiegen sind. Die einzigen konkreten Maßnahmen jedoch, die in der Diskussion sind, sind weitere Schritte zur Aushebelung des Versicherungssystems an sich. Blüm will also auch hier den üblichen Weg beschreiten, den die Wunschregierung des Großkapitals seit ihrem Antritt stets eingeschlagen hat.

Was da unter dem verlogenen Stichwort „Selbstbeteiligung" (als ob der Krankenkassenbeitrag von jemand anderem bezahlt werden würde als von den Versicherten) gehandelt wird, das ist, bei einer sogenannten Eigenbeteiligung von bis zu 20 Prozent schon fast die Aufhebung des Versicherungswesens an sich. Wer von den heutigen horrenden Preisen ein Fünftel selbst zahlen müßte, könnte jedenfalls gut mit einer Verdopplung seiner Ausgaben für Krankheitsvorsorge und Heilung rechnen. Aber nur das ist es, was Blüm wirklich anbietet, auch wenn er wohl nicht sein Endziel auf einmal durchpeitschen kann.

Alles andere bleibt mehr als vage: Preislisten sollen dazu führen, billigere Medikamente zu verschreiben — das Preisdiktat der Konzerne bleibt und damit auch eine der Hauptursachen für die Kostenexplosion. Ein bißchen Einkommenszuwachsverzicht bei Ärzten und Zahnärzten dient in diesem Zusammenhang weitaus eher der Optik als der wirklichen Einsparung.

Dazu kommen die bereits im letzten Jahr veröffentlichten Pläne zur strukturellen Reform des Krankenhauswesens, was nicht nur zu einer verstärkten — schon bisher als „Erfolg" gefeierten — Senkung der Verweildauer der Patienten im Krankenhaus führen wird, sondern auch dazu, ganze Landstriche schlechter mit Krankenhäusern zu versorgen.

Unternehmer-Wunschkatalog, FDP-Liberalismus

Mehr noch als in ihrem „Liberalen Manifest", das kürzlich auf dem Bundesparteitag beschlossen worden war, profiliert sich die FDP in ihrem Wahlprogramm für Nordrhein-Westfalen als „Vorkämpfer der freien Marktwirtschaft" — und versteht dabei das „frei" ausdrücklich als Gegensatz zu „sozial".

„Wir freien Demokraten wollen im bürgerlichen Lager das marktwirtschaftliche Gewissen Nordrhein-Westfalens sein ..."

Dementsprechend auch folgende durchaus zutreffende Ansprache an die Zielgruppe:

„Wir wenden uns an die Unternehmer, leitende Angestellte und freien Berufe, an die Leistungsträger in allen Berufen, die es leid sind, daß ihnen die Lust an persönlicher Leistung weggesteuert wird ..."

Außerdem wendet sich die FDP auch noch an die Arbeiter, die es leid sind, als Streikbrecher bezeichnet zu werden ...

Dieser Ausrichtung und diesen Prinzipien gemäß heißt es dann auch im Landeswahlprogramm der FDP kurz und bündig:

„Man muß wieder mit gutem Gewissen sein Geld verdienen können."

Für ein solches gesellschaftliches Ziel gibt es natürlich Gegner, und nicht wenige — auch dies wird im Programm deutlich gemacht, und zwar inhaltlich damit, daß gegen eine Reihe von Zuständen Front gemacht wird.

So wird unter anderem gefordert:

- Tarifverträge sollen künftig nur noch Rahmenvereinbarungen darstellen
- für kleine und mittlere Betriebe sollen bestimmte Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes aufgehoben werden
- Arbeitsverhältnisse sollen individuell ausgestaltet werden, Zeitarbeitsverträge verstärkt zugelassen,
- die Montanmitbestimmung soll abgeschafft werden,
- mehr Spielraum für **„individuelle Eigenversorgung"** im Bereich der Sozialversicherung soll geschaffen werden.

Ein ganzer bürgerlicher Wunschkatalog also in diesem Wahlprogramm. (*„Sag Ja! Positionen und Ziele liberaler Politik in NRW"*). In vielem sicher identisch mit den politischen Zielvorstellungen der CDU. Unterschiede tun sich dabei vor allem in zweierlei Hinsicht auf. Die Absichten der FDP werden deutlicher und meist auch schärfer formuliert als bei der CDU, soziale Demagogie wird nicht betrieben. Der andere Unterschied ist der Hauptstrang der Argumentation, die individuelle Freiheit ist als sozusagen „klassisches liberales Gedankengut".

Mehr persönlicher Spielraum in der Sozialversicherung — das bedeutet konkret beispielsweise höhere Renten für höhere Angestellte, niedere Renten für Arbeiter. Was aus der unterschiedlichen Möglichkeit entsteht, solche Spielräume zu nutzen. Solche Beispiele ließen sich mehren, und an ihnen in ihrer Gesamtheit läßt sich auch nachweisen, was solche Forderungen effektiv bedeuten, neben ihrer deutlich sichtbaren antigewerkschaftlichen Stoßrichtung.

Koalition bei Entgegenkommen?

Einige Bewegung ist in die Debatte innerhalb der Grünen gekommen, mehr vielleicht sogar, als es die Wahlergebnisse vom 10. März zunächst erwarten ließen. Nachdem in NRW bereits die Bedingungen für eine Tolerierung faktisch außer Kraft gesetzt worden waren (siehe RM 12/85) wurde jetzt in Hessen ein Antrag abgelehnt, eine Koalition mit der SPD grundsätzlich abzulehnen.

Zwar war in der öffentlichen Berichterstattung sehr viel falsche Tendenz angelegt, so als ob es faktisch bereits einen Koalitionsbeschluß gäbe, aber Tatsache ist, daß die LDK bei Gießen einen deutlichen Umschwung der bisherigen Haltung der hessischen Grünen bedeutet.

Zum einen deshalb, weil es ganz direkt um die Frage einer Koalition geht und nicht mehr um Vorstufen oder verdeckte Formen davon - was zwar kein grundsätzlich inhaltlich anderer Tatbestand ist, aber doch eine politisch wichtige Korrektur in der Grünen-Debatte. Gerade dies dürfte offenkundig ein Ergebnis des Druckes sein, den das Wahlergebnis im Saarland auf die Parteien ausübt.

Zum anderen aber auch deshalb, weil die Formulierung, eine Koalition sei möglich, bei einem Entgegenkommen der SPD in der Frage der Atomwirtschaft dieselbe Tendenz aufweist wie die Beschlüsse bezüglich der Bedingungen in NRW. Die Tendenz nämlich, eben klare politische Bedingungen zu vermeiden und stattdessen — im Konkreten die einzige Alternative — zunehmend auf Grundsatzkoalition auszugehen. Was auf diese Weise genauso wie die fundamentalistische Verweigerung den politischen Spielraum der SPD-Führung nur erweitert und ihr damit zusätzliche Möglichkeiten von wahltaktischen Manövern bietet, wozu es ja gerade nach dem 10. März von SPD-Seite aus vermehrt Anstrengungen gegeben hat und weiter geben wird.

„Entgegenkommen" in der Atomwirtschaft — dazu wird Holger Börner bestimmt bereit sein, vor allem dann, wenn er es nicht genau definieren muß, worin es denn bestehen soll. Denn einen bestimmten politischen Spielraum gibt es auch in diesem Bereich.

Was inhaltlich angesteuert wird, ist SPD-Politik mit grünen Einsprengseln, was sicher nicht dazu führen wird, solche Koalitionen in Landesregierungen zu wirklichen Bollwerken gegen die Wende zu machen.

Rekordgewinn bei BASF

Die kürzlich veröffentlichte Bilanz der BASF ist in jeder Hinsicht rekordverdächtig: Der ausgewiesene Gewinn betrug 1 Milliarde und 316 Millionen DM. Hoch zufrieden unterstrich der Vorstand, daß es das erste Mal sei, daß der Konzern die Milliardengrenze beim Gewinn übersprungen habe.

Auch die Steigerung gegenüber dem vorigen Geschäftsjahr ist einmalig — fast 50 Prozent, damals waren es „bescheidene" knapp 900 Millionen gewesen, die öffentlich ausgewiesen wurde. Sicher betrug der Profit in beiden Jahren wesentlich mehr, aber es soll hier gar nicht um Billanzanalyse gehen, sondern um die Bedeutung dieser Gewinne.

Der gewaltige Zuwachs bei BASF, der enorme Gewinn, das steht — wenn auch an der oberen Grenze — im Rahmen der Feststellungen, die erst kürzlich die Bundesbank über die Entwicklung der Unternehmensgewinne getroffen hatte, daß sie sich nämlich „glänzend" entwikkelt hatten.

Was wichtiger ist: Auch BASF konkret zeit, wie verlogen die bürgerliche These ist, der Aufschwung der Gewinne werde einen Aufschwung der Investitionen und so auch neue Arbeitsplätze bedeuten.

Der Gewinnzuwachs betrug ziemlich genau 47 Prozent. Die Investitionnen nahmen in der Tat ebenfalls zu — um gerade 7 Prozent. Und auch die Zahl der Arbeitsplätze stieg. Um geradezu enorme 0,9 Prozent. Wobei diese Zahlen bis hierher nur die halbe Wahrheit sind. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg zwar an, aber nur im Bereich des Weltkonzerns. In der BRD nämlich ist sogar erneut ein leichtes Absinken der Beschäftigtenzahl zu registrieren.

Gegen die Propaganda von Kapitalisten und CDU bleibt also festzuhalten, daß selbst bei einem Konzern mit solchen Mammutgewinnen wie der BASF sogar noch Arbeitsplätze abgebaut werden — die anders lautende Propaganda erweist sich einmal mehr als verlogen.

In diesem Zusammenhang sollte unterstrichen werden, daß die Tarifkommission von Rheinland-Pfalz der IG Chemie ihre Zustimmung zum kürzlichen Abschluß verweigert hat — mit der Begründung, die Rekordgewinne in der Chemieindustrie erforderten mehr. Was auch immer im Konkreten zu diesem Argument zu sagen ist, Tatsache bleibt, daß die glänzenden Profite der Chemiekonzerne — wie es schon die Bundesbank allgemein festhielt — auch durch für sie günstige Tarifabschlüsse zustandekommen.

Spendenaufruf

„Kohle" für die Miners

Die KJD will auf ihr diesjähriges Sommerzeltlager in Holland zehn bis fünfzehn junge Bergarbeiter aus England einladen. Dafür brauchen wir Kohle (nicht die schwarze ...).

Das ZK der KPD hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, diese Einladung durch einen Spendenaufruf an die Partei möglich zu machen und bittet daher alle Genossinnen und Genossen uns finanziell zu helfen.

Wir betrachten das mit als einen Beitrag, die Solidarität gerade nach Beendigung des Streiks weiterzuführen! Schon jetzt heißen Dank an alle, die dazu beitragen.

**Spenden bitte auf folgendes Konto:
Stadtsparkasse Dortmund
C. Stockmar, Verw.zweck: „Miners"
Kt.Nr.: 322055733 (BLZ 44050199)**

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Bericht vom Plenum des Zentralkomitees der KPD

Am 23./24. März tagte das Plenum des Zentralkomitees der KPD in Dortmund.

Umfangreichster Tagesordnungspunkt war eine Debatte über die politische Lage nach zwei Jahren Bonner Wenderegierung. Die Debatte ergab Übereinstimmung darin, daß die Einschätzung der Klassenkampfentwicklung nach dem Bonner Regierungswechsel durch die Partei sich bislang nur teilweise bestätigt hat.

Tatsächlich hat die Regierung Kohl umfangreiche Maßnahmen des Sozialabbaus, der Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme durchgeführt. Sie ist in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche klar und eindeutig als Regierung des organisierten Unternehmertums auf den Plan getreten. Sie ist dabei, schwerwiegende Angriffe auf die gewerkschaftlichen Positionen und die Rechte der Beschäftigten durchzuführen. Dies u.a. bestätigt die Einschätzung der Bonner Wende durch die Partei.

Aber andererseits ist die politische Polarisierung keineswegs so fortgeschritten, wie es zum Zeitpunkt des Regierungswechsels in Bonn erwartet wurde.

Letzteres war vor allem Gegenstand der Diskussion. In der Debatte wurden mehrere Aspekte herausgearbeitet, die zur Erklärung der nach den Streiks für die 35-Stunden-Woche abgeflachten Klassenkampfentwicklung beitragen können: die ökonomische Entwicklung, die stark geprägt ist durch die unerwartete Exportsteigerung infolge der US-Finanzpolitik, der tatsächliche Kompromißcharakter der Politik der Regierung Kohl gemessen an aggressiveren Forderungen aus dem Unternehmerlager und innerhalb der Unionsparteien u.a.

Hauptsächlich diskutiert aber wurde die Frage der relativen Schwäche der Oppositionsbewegung gegen die Maßnahmen der Bundesregierung, und wie die Politik der Partei zu ihrer Stärkung beitragen kann. Ergebnis der Diskussion war u.a., daß die Gewerkschaftspolitik der Partei unter der Fragestellung „konservative Regierung und Gewerkschaften" konkretisiert und weiterentwickelt werden muß und daß über diese inhaltliche Weiterentwicklung auch die Bestrebungen zum Zusammenschluß der klassenkämpferischen Kräfte weiter verfolgt werden müssen.

Die Diskussion soll auf dem Mai-Plenum des Zentralkomitees fortgesetzt werden. In der Diskussion vorgetragene Einschätzungen zur weiteren ökonomischen Entwicklung und ihrer Auswirkungen auf die Klassenkampfentwicklung sollen bis dahin genauer auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden. Beschlossen wurde weiter, daß auf dem Mai-Plenum eine **besondere Erörterung der antifaschistisch-demokratischen Politik, der Friedenspolitik und der Frauenpolitik erfolgen soll.**

Diskutiert wurden Probleme der innerparteilichen Auseinandersetzung. Beschlossen wurde eine innerparteiliche Stellungnahme des Zentralkomitees zu offen fraktionistischen und spalterischen Bestrebungen, die auf einem Treffen von 34 Genossinnen und Genossen angekündigt wurden.

Ein umfangreicher Punkt der Tagesordnung war die Jugendpolitik der Partei. Dabei geht es um die grundsätzliche Orientierung der Jugendpolitik der Partei, die nach den vom Leiter der Jugendabteilung des Zentralkomitees vorgetragenen Vorstellungen stärker das Streben der Jugend nach Selbstbestimmung berücksichtigen muß. Dabei wurde auch über die Notwendigkeit eines geänderten Verständnisses des Verhältnisses zwischen der Kommunistischen Jugend Deutschlands und der KPD diskutiert. Das Zentralkomitee unterstützte die grundsätzliche Richtung der Überlegungen und beschloß, daß ein Artikel zur Grundlage für die Diskussion in der Partei erstellt wird.

Das Zentralkomitee diskutierte über die Aktivitäten zum 8. Mai. Die KPD hält es nach wie vor für schädlich, daß es am 4. Mai nicht zu einer einheitlichen Demonstration gegen den Reagan-Besuch und den Weltwirtschaftsgipfel kommen wird. Die KPD unterstützt politisch sowohl die regionalen Demonstrationen zum 8. Mai, die für den 4. Mai geplant sind, als auch die Demonstration in Bonn am 4. Mai gegen den Weltwirtschaftsgipfel.

Beschlossen wurden weiter ein Nachtrag zum Finanzplan 85 der Partei und Aktivitäten zur Solidarität mit dem Kampf der dänischen Arbeiterklasse für die 35-Stunden-Woche.

Das nächste Plenum des Zentralkomitees wird im Mai stattfinden.

Kongreß „Arbeit und Umwelt" in Dortmund

Ein grünes Wirtschaftswunder der SPD?

Der Star war da: Oskar Lafontaine wurde das Forum geboten, auf dem von der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA) der SPD organisierten Kongreß „Arbeit und Umwelt" in Dortmund seine Thesen zu vertreten. Alles umjubelte ihn, einschließlich — in fast schon peinlicher Weise — die Vertreter der rechten Ruhr-SPD, Bürgermeister und Bezirksverband, die in den vergangenen Jahren zu seinen schärfsten innerparteilichen Kritikern gehört hatten.

Willy Brandt warf sich für diese politische Richtung voll in die Bresche. Jetzt endlich sei die lange Auseinandersetzung „Arbeitsplätze gegen Umweltschutz" innerhalb der Partei beendet, jetzt sei klar, daß es dabei nicht um einen wirklichen Widerspruch gehe. Kein Gegenwort war in der Dortmunder Westfalenhalle zu hören — es ist ja Wahlkampfzeit.

Die Rechte schwieg

Diese Art Wahlkampf zu führen ist aber nur einer und nicht der wichtigste Aspekt dieses Kongresses, der ja in sehr demonstrativer Weise politische Veränderung signalisieren soll. Nicht nur, daß die Parteirechte, der Umkreis der gewerkschaftlichen „Fünferbande" (die in dieser Frage ohnehin differenzierte Positionen bezog, wie an den seit längerem erhobenen Forderungen der IG Bau deutlich wurde) auf diesem Kongreß schwieg, keine Einwände vorbrachte ist dabei bemerkenswert. Mindestens ebenso auffällig ist die deutlich herausgestrichene selbstkritische Haltung. „Ein Jahrzehnt mit der Debatte verloren", bilanzierte Willy Brandt. Dies von der Feststellung ausgehend, die SPD sei einst schon die Partei gewesen, die als erste Probleme des Umweltschutzes aufs Tapet gebracht hätte.

Dies waren deutliche Signale, die klarmachten, daß hier „neue Ergebnisse" vorgelegt werden sollten — die anderen Töne, Raus Behauptung etwa, nur die SPD handele für den Umweltschutz und sehe sich dabei einer „eigenartigen Koalition der Verweigerer" gegenüber (die aus CDU, BDI und — Grünen bestehen soll) waren das Wahlkampfgeklingele.

Ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft

Sehr stark wurde während des gesamten Kongresses hervorgehoben, daß sich nun die SPD auch wieder in einer Front mit dem DGB befinde, auf dessen kürzlich veröffentlichtes Umweltprogramm nahezu alle Beiträge sich ausdrücklich beriefen.

Arbeitsplätze und Umweltschutz werden nicht mehr als Gegensatz betrachtet, im Gegenteil, Umweltschutz schafft neue Arbeitsplätze. Was beim DGB „qualitatives Wachstum" heißt, wurde auf dem AfA-Kongreß als „ökologische Modernisierung" bezeichnet. Im Vorfeld des Kongresses hatte Jo Leinen bereits mit der Möglichkeit eines „grünen Wirtschaftswunders" spekuliert. Kosten für Umweltschutz seien eben normale Reformkosten wie andere auch, wurde als weiteres Argument beigegeben.

Der Kern dieser Sinnesänderung in den Führungsetagen der SPD besteht gerade eben im Begriff „ökologische Modernisierung". Mit diesem Begriff wird die ganze Auseinandersetzung darauf reduziert, daß es sich eben um eine Modernisierung der Gesellschaft handelt, an der — eigentlich — alle sozialen Klassen dasselbe Interesse haben müssen.

Der Begriff vom „grünen Wirtschaftswunder" ist dabei nur eine konsequente Fortführung dieser Herangehensweise.

Politische Widersprüche und Konfrontationen sollen hiermit genauso verhindert bzw. „überwunden" werden wie — als Kern dieser Überwindungsstrategie — die Angst des Kapitals vor Profitverlusten.

Der Dreh der Sache besteht im Prinzip einfach darin, hier eine neue, ausweitungsfähige, Wirtschaftsbranche anzukurbeln, in der es für die Unternehmer viel zu verdienen gibt. Widersprüche werden dann auf zwischen verschiedenen Branchen übliche reduziert. Und das ganze paßt in den Rahmen der „strategischen SPD-Thesen" eines Peter Glotz, der das Bündnis der Arbeiterschaft mit dem modernen Kapital fordert.

Daß es ein wachsendes Drängen von Teilen des Kapitals für eine umfassendere Produktion von Waren für den Umweltschutz gibt, ist eine Tatsache, die in anderen Ländern, wie etwa Japan schon seit längerem zu beobachten ist, auch in der BRD in letzter Zeit.

Die verschiedenen Vorstöße der Produzenten von Filteranlagen etwa und auch die großer Waldbesitzer und Holzverarbeitungsbetriebe sind davon nur deutlichster Ausdruck.

Wenn auf der Grundlage solcher Losungen, wie sie auf dem AfA-Kongreß ausgegeben wurden, nun staatliche Zuschüsse und andere Formen von finanziellen Begünstigungen für eine Ausweitung solcher Produktion in Fluß gebracht werden können, dann wird dieser Bereich tatsächlich einer werden können, der sehr profitabel laufen kann, das kapitalistische Interesse wird steigen — das ist die eine, grundlegende Seite der Sache. Und auf diese Weise sieht es ja beileibe nicht nur die SPD, so sehen es auch Konservative und Technokraten innerhalb der CDU etwa. Mit wachsender Profitträchtigkeit einer solchen Produktion wird hier Kapital angezogen werden, werden Streitigkeiten, wie sie heute noch an der Tagesordnung sind, abnehmen, sofern sie auf gegensätzlichen wirtschaftlichen Zielen von Unternehmern beruhen.

Und sicher ist bei der Formulierung solcher Schlagworte auch daran gedacht, der politischen Auseinandersetzung um den Umweltschutz zumindest einen Teil ihrer — praktisch immer wieder vorhandenen — antikapitalistischen Brisanz zu nehmen.

Heute bereits werden von Seiten kapitalistischer Verbände und Institute Dinge ausgearbeitet wie „Bodenschutzprogramme" oder gleich ganze „Öko-Pläne" und andere Vorschläge, die allesamt unter der Linie „marktwirtschaftliche Lösung der Umweltschutzprobleme" verbreitet werden. Die These von der „ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft" ist dazu eine nötige politische Ergänzung. Die Besonderheiten der Debatten auf diesem SPD-Kongreß bestanden dabei, außer der konkreten Formulierung und dem Wahlgetümmel, vor allem darin, daß solche Projekte ergänzt wurden durch staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme in diesem Bereich, der eben als zukunftsträchtig betrachtet wurde. Die Modernisierungsthese aber ist das entscheidende Ergebnis dieses Kongresses.

Kohls Lagebericht auf dem Essener Parteitag

Nichts Neues — nur alte Lügen

In den Reden des CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlers auf dem 33. ordentlichen Bundesparteitag seiner Partei letzte Woche in Essen gab es nichts Neues festzustellen. Um die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei wegen Geißlers „Frauenprogramm" kümmerte er sich im konkreten überhaupt nicht. Offensichtlich wollte er es vermeiden, allzu deutlich öffentlich gegen die „Arbeitsplatzgarantie" Stellung zu nehmen. Was er in bombastischer Weise zur Arbeitslosigkeit vorbrachte, war nur einmal mehr das Loblied auf die Unternehmerwillkür. (Siehe auch S. 10)

Den Vorstoß der Sozialausschüsse, die es nach den Wahlniederlagen in Hessen und im Saarland für nötig befunden hatten, daß der Parteitag sich auch um das Problem Arbeitslosigkeit kümmere (zumal ja auch Frauen massiv davon betroffen seien) nahm er zwar auf. Und auch einige Formulierungen über die Bedeutung dieses Problems waren in dieser Weise neu. Inhaltlich jedoch blieb er bei einer Zusammenfassung genau der Politik, die, hauptsächlich vom Bundesarbeitsministerium aus, seit dem Regierungsantritt im Dienst des Kapitals gemacht wird.

Mehr Bewegung soll in den „Arbeitsmarkt" gebracht werden, so forderte es Kohl diesmal. So forderte er die Einführung des Vorruhesands (erneut als Alternative zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit und ohne sich der Frage zu stellen, wie diese Forderung zusammenpaßt mit Blüms Spekulationen einer Erhöhung des Renteneintrittsalters um die Rentenkassen zu sanieren), der Teilzeitarbeit (ohne, gerade auf einem sogenannten Frauenparteitag auf das Problem sozialer Sicherung einzugehen, sicher vor allem deshalb, weil die Inhalte, die er dazu anzubieten hat, nicht gerade wählerstimmenträchtig sind) und von Zeitarbeitsverträgen. Hinzugefügt wurde von Kohl — offensichtlich unter wachsendem Druck der Kapitalistenverbände — die Forderung nach „vernünftigen Sozialplanregelungen". Womit er nur zu feige gewesen sein dürfte, hier sofort zu sagen, was gemeint ist: Natürlich eine weitere „Entlastung" der am Hungertuchnagenden Kapitalisten von Kosten der Sozialpläne. Eine Forderung, die gerade in den letzten Monaten, vor allem aus der Baubranche, ganz massiv erhoben wurde und die sich Kohl sofort zu eigen machte. Ein — nach Kohls Worten — „modernes Arbeitszeitgesetz" (das seinem Wesen nach eher sehr alten Arbeitszeitregelungen gleichen dürfte, nämlich kapitalistischer Willkür freie Bahn zu verschaffen) soll das ganze abrunden.

Mehr hatte Kohl zu dieser Frage, die ihn angeblich so brennend bewegt, nicht zu sagen. Eine Rede, die von ihrem Inhalt her also nichts anderes war, als eine Zusammenfassung des aktuellen Forderungskatalogs der Unternehmerverbände. Größere Debatten darüber wurden vom Parteitag nicht vermeldet, die CDU-Sozialausschüsse hatten ihren wahltaktischen Vorstoß ja bereits vor dem Parteitag getan.

Keine Debatte gab es auch zu Kohls Lagebestimmung, die der Formulierung dieser politischen Absichten vorausging. Will man Kohl glauben, so ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt, die Jugendarbeitslosigkeit insbesondere rapide im Absinken begriffen, die Realeinkommen der Lohnempfänger und Rentner real im Steigen begriffen, die wirtschaftliche Lage also insgesamt, für alle Teile der Bevölkerung gut.

Diese Lagebestimmung stimmt ebensowenig, wie seine Forderung eine Verbesserung der Lage der Arbeitslosen bedeutet.

Daß das Anwachsen der Arbeitslosigkeit gestoppt sei — dafür spricht gegenwärtig nichts. Diese Behauptung hatte er außerdem, kurzfristig, auch schon mal im Januar verbreitet, um sie dann erst mal still und heimlich zu vergessen, angesichts der veröffentlichten Zahlen. In seiner Parteitagsrede jedenfalls kümmerte er sich um solche Dinge wie die reale Entwicklung, oder um den Widerspruch seiner Behauptungen zur Wirklichkeit sehr wenig.

Denn auch die Behauptung, die Rentner hätten bessere Realeinkommen, kann nur aufstellen, wer bewußt lügt. Daß die aktuelle Rentenerhöhung deutlich unter der Teuerungsrate bleibt, ist eine, außer von Kohl, von niemand bestrittene Tatsache.

Kohls Versuch, erneut die CDU und ihre Unternehmerpolitik als Garant für die Beseitigung oder zumindest Milderung der Arbeitslosigkeit darzustellen, war im Angesicht seiner Lügen und seiner Kapitalistenpropaganda offensichtlich wenig geeignet, in der Öffentlichkeit verloren gegangenes Vertrauen wieder zu gewinnen — eine große Kampagne, wie es zunächst anklang, wurde bisher nicht daraus.

Monatsbericht der Deutschen Bundesbank

Lohnquote im Keller, Gewinne Spitze

Im zweiten Halbjahr 1984 schnellten die Unternehmergewinne sprunghaft nach oben, während der Anteil der Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten am Volkseinkommen, die sogenannte Lohnquote, auf den niedrigsten Stand seit 1972 absackte. Das geht aus dem jüngsten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank hervor.

Die Bruttogewinne der Produktionsunternehmen sind im zweiten Halbjahr 1984 gegenüber dem Vorjahr um 13,5 Prozent auf 160,6 Milliarden Mark gestiegen. Das Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten betrug 478,4 Mrd. Mark und wies gegenüber dem Vorjahr lediglich eine Steigerung von 2,7 Prozent auf. Die Lohnquote sank so auf unter 70 Prozent und erreichte den niedrigsten Stand seit 13 Jahren. Seit 1981 ist der Anteil der Unternehmergewinne am Volkseinkommen damit unablässig gestiegen. Ausdrücklich erklärt die Bundesbank diese Gewinnexplosion zum erheblichen Teil mit den niedrigen Lohnabschlüssen der letzten Jahre.

Damit ist längst eine Voraussetzung erfüllt, die die Kapitalistenverbände und die Wenderegierung stets als Weg zur Verminderung der Arbeitslosigkeit genannt haben. Tatsache aber ist, daß die Arbeitslosenzahlen sich keineswegs mit der Lohnquote nach unten bewegt haben, sondern mit den Gewinnen auf eine neue Rekordhöhe geklettert sind.

Die Zahlen, die die Bundesbank zur Investitionstätigkeit der Kapitalisten im zweiten Halbjahr 84 veröffentlicht hat, lassen eine wesentliche Änderung dieses Trends keineswegs erwarten. "Hohe Gewinne = hohe Investitionen = mehr Arbeitsplätze = weniger Arbeitslosigkeit" — mit diesem wirtschaftspolitischen Kohl konnten die Wendeparteien tatsächlich die letzte Bundestagswahl gewinnen. Während die Gewinne im zweiten Halbjahr 84, wie gesagt, um 13,5 Prozent stiegen, stiegen die Bruttoinvestitionen nur um 3 Prozent. Allein diese Zahl belegt schon, daß die Behauptung „hohe Gewinne = hohe Investitionstätigkeit" in den Bereich der wirtschaftspolitischen Quacksalberei gehört.

Noch deutlicher wird das, wenn man die Aufteilung der Investitionsausgaben betrachtet. Gestiegen sind nämlich tatsächlich die Investitionen für Ausrüstungen um 10 Prozent auf 73,5 Mrd Mark, während die Investitionen für Gebäude bei 110 Milliarden praktisch stagnierten. Die Tatsache, daß dem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen kein Anstieg der Bauinvestitionen entspricht, deutet aber darauf hin, daß die Ausrüstungsinvestitionen überwiegend Ersatz und Rationalisierung zum Ziel haben, wobei hauptsächlich Arbeitsplätze vernichtet werden, aber nur zum geringen Teil Produktionserweiterungen, wodurch Arbeitsplätze geschaffen würden.

Der jüngste Monatsbericht der Bundesbank jedenfalls macht deutlich, in welchem Ausmaß es den Kapitalisten in den letzten Jahren mit der Wenderegierung im Rücken gelungen ist, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen.

Die Übernahme-Tricks

Hinter der breiten Diskussion um die Lehrstellenknappheit in den Hintergrund getreten ist die Frage, was eigentlich mit den Auszubildenden nach Abschluß der Lehre geschieht. Eine vom industrienahen Institut der Deutschen Wirtschaft unlängst veröffentlichte Aufstellung zeigt, daß in den großen Firmen die Übernahme in ein normales unbefristetes Vollzeitarbeitsverhältnis im erlernten Beruf zunehmend zur Ausnahme wird.

Unternehmen	Beginn	Maßnahmen	Möglichkeiten des Übergangs auf Vollzeitarbeitsplätze	Sonstiges
Audi AG, Ingolstadt und Neckarsulm	2. Quartal 1982	Unbefristeter Arbeitsvertrag; Übernahme aller gewerblich Ausgebildeten in ein 12monatiges Qualifizierungsprogramm.	Nach erfolgreichem Abschluß des Qualifizierungsprogramms kann der Jungfacharbeiter in indirekte Bereiche übernommen werden.	Die Jungfacharbeiter bleiben in der überwiegenden Mehrzahl im direkten Bereich, also in der unmittelbaren Produktion.
Siemens AG	Sommer 1983	Verschiedene Maßnahmen werden angeboten: – Übernahme an Arbeitsplätze mit beruflich verwandten Tätigkeiten; – Befristete Arbeitsverträge von max. einem halben Jahr; – Teilzeitarbeit: unbefristete 20- bzw. 32-Stunden-Verträge.	Mitarbeitern, die Teilzeitarbeit ausüben, wird bei der Besetzung von Vollzeit-Arbeitsplätzen Vorrang eingeräumt.	Ausgebildete Fachkräfte können von Kunden, Lieferanten oder anderen Firmen, die selbst nicht ausbilden, eingestellt werden.
AEG-Telefunken AG	Winter 1983	Drei verschiedene Maßnahmen wurden entwickelt: – Befristete Übernahme in eine dem Ausbildungsstand entsprechende Tätigkeit oder in ein Jobrotation-Programm; – Unbefristete Übernahme in ein Teilzeit-Arbeitsverhältnis; – Übernahme in Teilzeit in Verbindung mit Qualifizierungsangeboten.	Ein Großteil der befristeten Übernahmen konnte bereits in unbefristete Anstellungen verändert werden.	Zur Realisierung der Übernahme in Teilzeit in Verbindung mit Qualifizierungsangeboten empfiehlt sich die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen einer Region.
Hoechst AG, Frankfurt	Frühjahr 1983	Übernahme technisch Ausgebildeter in verwandte Berufstätigkeiten. Übernahme von ausgebildeten Chemielaboranten in befristete Teilzeitarbeitsverträge auf der Basis von 20 Wochenstunden.	Ein Großteil der jugendlichen Teilzeitkräfte ist inzwischen in ein Vollzeit-Arbeitsverhältnis gewechselt.	Im Sommer 1983 wurden Chemielaboranten über Teilzeitverträge ins Unternehmen übernommen.
E. Merck, Darmstadt	Sommer 1983 Winter 1983/84	Übernahme gewerblich und technisch Ausgebildeter wurde durch befristete Teilzeitarbeitsverträge (20 Wochenstunden) erweitert. Dabei sind zwei Ausgebildete auf einem Vollzeitplatz.	Ausgelernte erhalten einen Anstellungsvertrag, arbeiten zunächst in Teilzeitform, werden auf Vollzeitarbeitsplätze übernommen, sobald diese frei werden bzw. zur Verfügung stehen.	In Zukunft ist mit zunehmenden Schwierigkeiten bei der Vollbeschäftigung zu rechnen, da die Zahl der Ausgelernten steigt.
BASF AG, Ludwigshafen	Sommer 1983	Übernahme Ausgebildeter der Technik und Naturwissenschaft wurde durch befristete Arbeitsverträge im erlernten Beruf in der Produktion erweitert. Für die Übernahme von Handwerkern und Chemielaboranten wurden Teilzeitverträge angeboten; dabei beträgt die Wochenarbeitszeit 32 Stunden innerhalb einer 4-Tage-Woche.	Viele der Ausgelernten mit befristeten Arbeitsverträgen erhielten unbefristete Verträge. Die jungen Mitarbeiter mit Teilzeitverträgen werden bei der Besetzung von Vollzeitarbeitsplätzen bevorzugt.	Das Unternehmen erprobt auch andere Formen der flexiblen Arbeitszeit.
R + V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden	Sommer 1983	Übergangsbeschäftigung ohne festen Arbeitsplatz; ausgebildete Versicherungskaufleute erhielten unbefristete Arbeitsverträge einer gesonderten Kostenstelle „Nachwuchskräfte".	Alle Nachwuchskräfte konnten inzwischen auf eine feste Planstelle übernommen werden.	Eine flexible Arbeitszeit ist auf Wunsch der Mitarbeiter geplant.
Deutsche Bundesbahn	Frühjahr 1983	1000 Ausgebildete erhielten Zeitarbeitsverträge über 32 Wochenstunden. Weiterhin 800 Ausgebildete Einstellungszusagen für den 1. 1. 1985 auf der Basis einer wöchentlichen Arbeitszeit von 32 Stunden.	Die Arbeitsverträge über 32 Wochenstunden, die mit den im Geschäftsjahr 1983 übernommenen Ausgebildeten abgeschlossen wurden, werden im Jahre 1984 in Vollzeitverträge umgewandelt.	32-Stunden-Verträge führten stellenweise zu Schwierigkeiten im praktischen Arbeitsablauf. Deshalb wird der Versuch nicht fortgesetzt.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Lohndrückerei als Menschenrecht?

Kein geringerer als Schmiergeld-Otto, der frühere Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, hat in einer Rede vor dem Märkischen Arbeitgeberverband in Schwelm (NRW) der Unternehmerpropaganda gegen die „hohen Löhne" neue Glanzlichter aufgesetzt.

Er hat die Lohndrückerei sozusagen in den Rang eines Verfassungsrechts, wenn nicht eines Menschenrechts, erhoben: „Das Tarifvertragsrecht", so Lambsdorff, „verstoße gegen das Recht auf Arbeit".

Daß Lambsdorff ein Recht auf Arbeit anerkennt, ist auf den ersten Blick verwunderlich. Die Verwunderung legt sich, wenn man liest, was Lambsdorff unter „Recht auf Arbeit" versteht. Nach gräflicher Auffassung besteht das „Recht auf Arbeit in einem freien Marktzutritt bei freier Lohnbildung", was auch heiße, „bei verschlechterten Optionen niedrigere Löhne hinnehmen zu können".

Dementsprechend verlangt Lambsdorff eine Abschaffung des „Günstigkeitsprinzips" im Arbeitsrecht. Das Günstigkeitsprinzip bedeutet, daß von gesetzlichen oder tarifvertraglichen Regelungen nur abgewichen werden darf, wenn es zugunsten der Beschäftigten ist. Umgekehrt also ein Verbot, die Tariflöhne zu unterschreiten.

Lambsdorff: „Das heißt aber doch nichts anderes, als daß ein Arbeitnehmer besser entlassen wird, als ein Lohnangebot unter dem tariflich vereinbarten Lohn anzunehmen." Dies verhindere, so Lambsdorff weiter, daß viele Arbeitslose, vor allem die weniger Qualifizierten, Beschäftigung fänden.

Lambsdorff möchte dagegen, daß möglichst viele Beschäftigung finden — zu Bedingungen, die ausschließlich die Kapitalisten bestimmen und zu Löhnen, von denen keiner leben kann.

Was der kriminelle Graf hier kundgetan hat, kann leider nicht als belangloses Resultat freidemokratischer Profilneurosen im Vorfeld des NRW-Wahlkampfes abgetan werden. Er hat hier ein zentrales Moment der Unternehmerstrategie verkündet: die Verbindlichkeit von Tarifverträgen muß fallen, damit die Arbeiterinnen und Arbeiter sich so billig verkaufen müssen, wie 's den Unternehmern recht ist.

H. Gaßmann gewinnt Prozeß gegen IGM

Am 20. März gewann Herrmann Gaßmann, Bildungssekretär der IGM-Verwaltungsstelle Hamburg, seinen Kündigungsschutzprozeß gegen die IG Metall. Hermann Gaßmann war im Februar 1983 vom Hamburger Oberlandesgericht wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit für die DDR zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil hatte zu erheblichen Protesten geführt, weil die Anklage offensichtlich unbewiesen war. Nach einem Drittel der Strafzeit wurde Kollege Gaßmann vom Hamburger Senat begnadigt.

Nach seiner Haftentlassung wurde er zunächst von der Hamburger Verwaltungsstelle weiterbeschäftigt. Erst im Juni 1984 wurde ihm von der IGM gekündigt, was vor allem unter Hamburger Gewerkschaftern, aber auch bundesweit breiten Protest und Solidarität mit dem Kollegen Gaßmann hervorrief.

Das Hamburger Arbeitsgericht befand nun, daß durch diese Kündigung das Arbeitsverhältnis nicht beendet wurde, sondern unverändert fortbesteht. Insofern die IGM die Kündigung mit der Verurteilung von H. Gaßmann begründete und damit, daß dafür ein Unverständnis bei Gewerkschaftsmitgliedern und in der Öffentlichkeit bestehe, stellte das Gericht fest, daß zum Zeitpunkt der Kündigung die Verurteilung des Kollegen Gaßmann für einen „verständigen Arbeitgeber" kein Kündigungsgrund mehr hätte sein können. Die IGM hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Beschäftigungsförderungsgesetz vor der Verabschiedung

Bereits zum 1. Mai soll der Blümsche Entwurf zum Beschäftigungsförderungsgesetz in Kraft treten. Am 17. April soll nich eine Beratung im Ausschuß für Arbeit und Soziales stattfinden. Für den 19. April ist die zweite und dritte Lesung im Bundestag angesetzt und am 26. April will die Bundesregierung sich die Zustimmung im Bundesrat holen.

Wie im Roten Morgen bereits mehrfach ausgeführt, beinhaltet der Entwurf zum Beschäftigungsförderungsgesetz eine Reihe schwerwiegender Angriffe auf die Position von Gewerkschaften und Betriebsräten im Betrieb und auf Schutzrechte der Arbeiter und Angestellten. Insbesondere durch die Ausweitung der Leiharbeit und der befristeten Arbeitsverträge, durch die Ausdehnung der Teilzeitarbeit (v. a. Kapovaz) werden die Bestrebungen der Unternehmer gefördert, das sogenannte Normalarbeitsverhältnis auf eine relativ kleine Stammbelegschaft zu reduzieren, während der darüber hinausgehende, konjunkturellen Schwankungen unterliegende Arbeitsanfall mit Arbeitskräften erledigt werden soll, mit denen uneingeschränkt nach dem Prinzip des „Heuerns und Feuerns" verfahren werden kann.

Angesichts der Bedeutung, die dieser Gesetzentwurf für die gewerkschaftliche Praxis im Betrieb haben wird, muß der bisherige gewerkschaftliche Widerstand dagegen als katastrophal ungenügend gewertet werden.

Wir meinen: wenigstens die jetzt im Frühjahr erfahrungsgemäß in vielen Betrieben anstehenden Belegschaftsversammlungen sollten genutzt werden, um dieses gewerkschafts- und arbeiterfeindliche Gesetz anzuprangern.

BMW/Berlin: Peter Vollmer halb wieder drin?

In einer Pressemitteilung des Solidaritätskomitees für die entlassenen BMW-Gewerkschafter heißt es:

Nicht nur, daß die Berliner zweite Instanz nun auch der Wahlanfechtung stattgegeben hat. BMW hat sich auch **gezwungen** gesehen, **Peter Vollmer** am 15. März 1985 tatsächlich **weiterzubeschäftigen**, wenngleich mit Vorbehalt und „Als-ob" und Beurlaubung. Peter Vollmer hat das Urteil 9 Sa 99/84 des Landesarbeitsgerichts (s. u.), das ihm einen sofort vollstreckbaren Weiterbeschäftigungsanspruch zuspricht, in der letzten Woche ausgefertigt erhalten und dementsprechend am Freitag, den 15. März, die Firma BMW aufgesucht, um seine Arbeitskraft anzubieten. Ihm wurde vom Personalchef ein Brief überreicht, in dem die Firma erklärt, sie werde gegen das Weiterbeschäftigungsurteil beim Bundesarbeitsgericht Beschwerde einlegen, aber bis dahin das Urteil befolgen und Peter Vollmer so behandeln, „als ob" er BMW-Beschäftigter sei. Vollmer müsse daher zunächst seinen Resturlaub aus 1984 nehmen und könne dann, am 17.4.1985 an einem seinem alten gleichwertigen Arbeitsplatz wieder anfangen — sofern das Bundesarbeitsgericht bis dahin nicht anders entschieden habe.

Sozialplan-Demontage

Gegen den Protest des DGB hat der Bundestag das Gesetz über den Sozialplan im Konkurs- und Vergleichverfahren verabschiedet. Bei Konkurs- und Vergleichsverfahren dürfen demnach Leistungen aus dem Sozialplan zweieinhalb Monatsverdienste nicht überschreiten. Ansprüche von Beschäftigten aus Sozialplänen werden künftig auch nicht mehr als "Masseschulden", also vorrangig, sondern nur noch als „bevorrechtigte Konkursforderungen" behandelt. Das wird etwa bedeuten, daß die Forderungen der Beschäftigten aus dem Sozialplan und die Forderungen der Banken an die marode Firma grundsätzlich gleich behandelt werden, was in vielen Fällen darauf hinaus laufen wird, daß Ansprüche aus dem Sozialplan nicht oder nicht mehr voll befriedigt werden können.

HDW/Kiel

Drei Minuten früher Feierabend

Auch bei HDW-Kiel wurde nun die Betriebsvereinbarung über die Wochenarbeitszeitverkürzung abgeschlossen. Auch hier konnte die vom HDW-Vorstand anvisierte Samstagsarbeit abgewendet werden. Ansonsten gibt es nicht viel Erfreuliches über die Vereinbarung zu berichten. Im folgenden ein Bericht der HDW-Genossen.

Nachdem der HDW-Vorstand in der ersten Verhandlung am Mittwoch — vorher hatten im Januar nur „Gespräche" auf Betriebsdirektoren-Ebene stattgefunden — auf die Einbeziehung des Samstags als normalem Arbeitstag beharrte und drohte, damit in die Einigungsstelle zu gehen, wurden am Donnerstag und Freitag in den Betriebsteilen Pausenversammlungen durchgeführt. Die Stimmung war hier eindeutig für Streik, der am Montag, dem 18.3., stattfinden sollte. Angesichts dieser entschlossenen Haltung wurde für Sonnabend eiligst ein Verhandlungstermin angesetzt, wo der Vorstand auf den Samstag als normalen Arbeitstag verzichtete, was am gleichen Tag noch über den NDR im Rundfunk verbreitet wurde.

Die Mitglieder des Betriebsrausschusses hatten jetzt nichts Eiligeres zu tun, als den geplanten Streik abzuwürgen, indem sie am Montagmorgen folgendes BR-Info verteilten:

„Der Betriebsausschuß hat am Samstag, dem 16.3.1985, mehrere Stunden noch einmal mit dem Vorstand verhandelt:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, **der Samstag ist vom Tisch!!!**

Wenn der Betriebsrat am 18.03.1985 dem erzielten Kompromiß zustimmt. Laßt dem Betriebsrat heute etwas Zeit, um das Ergebnis in Ruhe zu beraten! Wir werden euch noch heute über das Beratungsergebnis unterrichten und euch das Ergebnis in allen Einzelheiten mitteilen. Wenn wir euch noch brauchen sollten, werden wir um eure Unterstützung bitten!"

Die Kollegen waren natürlich froh, daß der Samstag vom Tisch war. Andererseits führte die „Knopfdruckmentalität" der tonangebenden Sozialpartnerschaftsstrategen dazu, daß die Kollegen sich verarscht fühlten und sich Resignation breitmachte, was durch den dann „erzielten Kompromiß" noch verstärkt wird.

Wie sieht die „kostenneutrale Umsetzung" der 38,5-Stunden-Woche für jeden auf HDW/Kiel aus? Die 38,5 Stunden gelten für alle Beschäftigten, auch für die Auszubildenden und AT-Angestellten. Sie wird verwirklicht durch Einführung einer unbezahlten Frühstückspause von 15 Minuten und Vorverlegung des Feierabends um 3 Minuten. Wegen des Wegfalls der bislang in der Arbeitszeit liegenden zehnminütigen Frühstückspause wird die Programmzeit um 2,1 Prozent gekürzt. Für Überstunden ist Freizeitausgleich vereinbart. Nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat kann auch eine ungleichmäßige Verteilung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 5 Werktage erfolgen, wobei die 38,5 im Durchschnitt von zwei Monaten erreicht werden muß.

Der letzte Punkt ist für den Vorstand ein Flexibilisierungserfolg. Die Betriebsratsspitze hat ihre Zustimmung zu diesem Punkt damit begründet, daß das Vorstandsmitglied Neitzke als stellvertretender Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie Hamburg/Schleswig-Holstein in seinem Verband etwas vorweisen müsse. Auch wenn die Sozialpartnerschaftsstrategen heute noch sagen, sie würden einer ungleichmäßigen Verteilung nur in absoluten Ausnahmefällen zustimmen, bleibt als Tatsache: zwar ist es dem Vorstand nicht gelungen, die Tür zur Flexibilisierung aufzustoßen, aber einen Fuß hat er für die Zukunft schon drin. Und ob aus der Überstundenregelung in der Praxis nicht ein Zwangsabbummeln im Interesse des Unternehmens wird, wird sich noch zeigen.



Über die Forderung, statt täglich drei Minuten am Freitag 15 Minuten früher Feierabend zu machen, soll mit dem Vorstand noch verhandelt werden. An dieser Frage will der Betriebsrat seine Zustimmung zum Gesamtkonzept aber nicht scheitern lassen.

Obwohl es im Betriebsrat in der IGM-Fraktion heftige Auseinandersetzungen über diesen faulen Kompromiß gegeben hat (Abstimmung hier 12:10), haben dann alle IGM-Betriebsräte zusammen mit den DAG-Betriebsräten dafür gestimmt. Nur die RGO-Betriebsräte haben dagegen gestimmt.

Positiv an dem Abschluß ist, daß die 38,5 Stunden für jeden durchgesetzt und Samstagsarbeit verhindert worden ist. Praktisch ist die Arbeitszeitverkürzung auf HDW aber nur eine Verkürzung auf dem Papier. In den Augen der Belegschaft ist für sie bei der Arbeitszeitverkürzung nicht viel herausgekommen. Das auf HDW ohnehin schon arg ramponierte Ansehen des Betriebsrats und der IGM ist in diesen Auseinandersetzngen bestimmt nicht aufgebessert worden.

(Nach einem Bericht Kieler HDW-Genossen)

Essenspause für Dreischicht-Arbeiter

IGM-Erfolg vor Schiedsstelle

Die ständige Schiedsstelle der Tarifparteien in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden hat entschieden, daß die halbstündige Pause, die Arbeitern im Dreischichtbetrieb zum Essen gewährt werden muß, auch nach Inkrafttreten der 38,5-Stunden-Woche als bezahlte Arbeitszeit zu rechnen ist.

Damit sind zumindest in Nordwürttemberg/Nordbaden die Bestrebungen der Kapitalisten gescheitert, die bezahlte Essenspause zu streichen und auf die Arbeitszeitverkürzung anzurechnen.

Nach Angaben der IG Metall sind in Baden-Württemberg von diesem Schiedsstellenspruch rund 80000 Kollegen betroffen. Im gesamten Bundesgebiet arbeiten in der Metallindustrie rund 400000 Kollegen im Dreischichtbetrieb. In vielen Betrieben ist die Frage der bezahlten Essenspausen zum Streitpunkt in der Auseinandersetzung um die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche geworden.

Die IG Metall sieht bundesweite Auswirkungen des Stuttgarter Schiedsspruchs. Nach ihrer Auffassung müssen nun die Dreischichtarbeiter in den anderen Tarifbezirken ihren baden-württembergischen Kollegen gleichgestellt werden. Von selbst oder „mit Sicherheit", wie die „metall" schreibt, wird sich diese bundesweite Signalwirkung allerdings kaum einstellen.

In einer Reihe von Betrieben wurden bereits Vereinbarungen abgeschlossen, die die Anrechnung der bezahlten Essenspause vorsehen bzw. halten die Unternehmer nach wie vor an der Forderung nach Anrechnung der Pause auf die Arbeitszeitverkürzung fest. Allerdings sollte der Stuttgarter Schiedsstellenspruch der IG Metall nun in den Betrieben die Mobilisierung erleichtern, um diesen dreisten Versuch der Unternehmer, die Arbeitszeitverkürzung wirkungslos zu machen, zurückzuschlagen. Das um so mehr, als auch in Bayern eine Anrechnung der bezahlten Essenspause aufgrund der bereits bestehenden tariflichen Regelungen nicht erfolgen kann.

Blohm & Voss

Freischichtenregelung

Vor zwei Wochen ist bei Blohm und Voss die Betriebsvereinbarung über die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit unterzeichnet worden. So sieht im Kern die Verwirklichung der 38,5-Stunden-Woche für alle durch Freischichten vor:

„Aus Anlaß der Neufestsetzung der Arbeitszeit wird die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindert.

Der Zeitausgleich für die Differenz zwischen der Betriebsmittelnutzungszeit und der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit erfolgt in der Form von freien Tagen (Ausgleichstagen).

Die Zahl der Ausgleichstage wird für das Jahr 1985 auf sieben und für 1986 auf neun Tage festgesetzt.

Es ist jeweils ein freier Tag innerhalb eines Monats, in jedem Fall sind jedoch drei freie Tage im Zeitraum von 3,5 Kalendermonaten zu nehmen."

Noch einmal zur Entwicklung:

Der Auftakt bei uns war ja ziemlich gut. Der RM hat ja über die Aktion vom 22. Januar berichtet. Danach war die Stimmung in der Belegschaft eher noch besser. „Wir kommen wieder" — das war so der Spruch. Offenbar aber war die Stimmung bei den schließlich entscheidenden Teilen von BR-Führung und VKL nicht so gut. Die Aktion vom 22.1. war ihnen offenbar etwas zu weit gegangen.

Jedenfalls lief danach überhaupt nichts mehr — und es gelang vereinzelten Kräften auch nicht, etwas anzukurbeln. Gleichzeitig gab es Hinweise, daß die Kapitalisten auf noch härteren Kurs gehen wollten. In dieser Situation haben wir ein kurzes Extra vom „Frischen Wind" gemacht. Das war zwar sehr unkonkret — es traf aber die allgemeine Stimmung verdammt gut. Nämlich: Es muß was passieren und der BR muß bei seinem ursprünglichen Konzept bleiben.

Nun zu der vereinbarten Regelung:

Vom ursprünglichen Konzept des Betriebsrats ist nicht mehr viel übrig. Das hat für die Stellung von BR und IGM im Betrieb schlechte Auswirkungen. Denn beide haben ziemlich stark für die Lösung freitags 7 Stunden, donnerstags 7 1/2 Stunden getrommelt und es ist ihnen gelungen, ziemlich viele Kollegen zur solidarischen Haltung zu bewegen gegenüber dieser Lösung.

Nachdem nun im Betrieb, wie die Aktion vom 22.1. bewies, die Belegschaft auf die BR-Vorschläge verpflichtet war und diese, entgegen eigenen Bedenken unterstützte —, ja danach hörte man nichts mehr, außer daß schließlich eine Freischichten-Regelung (die vorher als so schädlich hingestellt wurde) unterschrieben wurde. Gegen diese Art von Gewerkschafts- und BR-Politik sind viele Kollegen recht aufgebracht. Mit Recht.

Zur Regelung selbst:

Die Freischichten finden wir nicht so gut wie die 7 bzw. 7,5 Stunden freitags bzw. donnerstags. Aber wir finden es nicht entscheidend. Mit diesem Punkt sind viele Kollegen zufrieden. Die ganze Diskussion um das Für und Wider ist ja bekannt.

Als schwerwiegendsten und unverzeihlichen Punkt in dieser Vereinbarung sehen wir die Mehrarbeitsregelung:

„Für erforderliche Mehrarbeit steht jedem Vorstandsbereich ein Mehrarbeitsvolumen pro Kalendermonat zur Verfügung.

Das Volumen errechnet sich aus der Anzahl der im Bereich tätigen Mitarbeiter mal je 10 Stunden. Zu berechnen sind nur die tatsächlich tätigen Mitarbeiter. Urlauber, Kurzarbeiter und aus sonstigen Gründen Fehlende sind in Abzug zu bringen."

Das bedeutet: Freigabe der Überstunden an die Kapitalisten voll nach ihren Bedürfnissen. Wir geben damit eines der wenigen Druckmittel aus der Hand. Denn die Regelung heißt ja z.B. für den Vorstandsbereich Maschinenbau: 1000 Mann mal 10 Stunden = 10000 Stunden, die etwa von 200 Kollegen abgeleistet werden — und der Rest geht vielleicht in Kurzarbeit.

Ein weiterer Knackpunkt sind die von der Geschäftsleitung getroffenen Zusagen betreffs Massenentlassungen und der Übernahme der Auslerner. Es fragt sich zunächst, warum sie nicht Teil der Vereinbarung sind, sondern nur in einem gesonderten Schreiben des Vorstandes an den Betriebsrat festgelegt sind:

„... im Zusammenhang mit der Vereinbarung über Mehrarbeit in 1985 bestätigen wir Ihnen unsere Zusage, daß es bei der Blohm + Voss AG in 1985 keine Massenentlassungen geben wird. Ausgenommen hiervor sind Aufhebungsverträge und Entlassungen aus persönlichen Gründen.

Ferner bestätigen wir Ihnen, daß das Unternehmen die Auslerner des Jahres 1985 mit unbefristeten Arbeitsverträgen übernehmen wird. Das gleiche gilt für Auslerner des Jahres 1984, die zur Zeit in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen.

Ausgenommen hiervor sind diejenigen Auslerner, bei denen eine Übernahme aus persönlichen Gründen nicht in Frage kommt."

Das hört sich besser an als es ist. Vor Ende 1985 wären Massenentlassungen sowieso kaum möglich. Von den Auslernern 84 haben viele Blohm + Voss schon verlassen, weil sie bis jetzt mit Kurzverträgen hingehalten wurden, und sie davon die Nase voll hatten.

Unser Eindruck insgesamt: Die Samstagsarbeit ist erst einmal vom Tisch, keine Pausenanrechnung. Es gibt schlechtere Regelungen, also keine Katastrophe. Wegen der genannten Bedenken haben wir unseren Einfluß aber dahingehend eingesetzt, nicht zu unterschreiben bzw. im Vertrauenskörper dagegen zu stimmen. Abstimmungsergebnis im Vertrauenskörper: ca. 110 dafür, 5 dagegen, 5 Enthaltungen.

(Nach einem Bericht der KPD-Betriebszelle)

Stahlkonferenz der IGM fordert „Vergesellschaftung der Stahlindustrie"

Wie schon im RM Nr. 9 vom 1.3.1985 angekündigt, fand am 19.3. in Mülheim die Stahlkonferenz der IGM statt, auf der das Papier des IGM-Vorstandes zur Konkretisierung der stahlpolitischen Vorstellungen der IGM über den Beschluß des 13. Gewerkschaftstages zur „Vergesellschaftung der Stahlindustrie" von den Betriebsratsvorsitzenden und den Vertrauenskörperleitungen beraten wurde.

Nachdem noch vor zwei Jahren Eugen Loderer ganz entschieden die Forderung abgelehnt hatte, begründete der Vorsitzende der IGM, Mayr, den Schwenk des IGM-Vorstandes hauptsächlich mit zwei Punkten:

„Erstens eine womöglich bevorstehende, einschneidende Veränderung der politischen Rahmenbedingungen" (S. 5 Redemanuskript). Gemeint ist damit, daß Ende 1985 der EG-Stahlkodex ausläuft und dann würde eine „gefährliche Situation entstehen (...) dann bräche in Europa ein Preiskampf bis aufs Messer los (...) dann entschiede in Europa nur noch das Faustrecht, wer übrigbleibt und wer untergeht (...) auch die bundesdeutschen Stahlunternehmen würden übereinander herfallen: Die Stärkeren über die Schwächeren, und alle zusammen über den Schwächsten, über die Saarstahl GmbH" (S. 6, 12, 13, 15 Mayr).



Der zweite Grund ist die vom schon erwähnten Gewerkschaftstag in München verabschiedete Forderung nach Vergesellschaftung dieses Industriezweigs, als Mittel zur besseren Abwehr der Unternehmerpläne.

Mayr forderte eine Verlängerung des Europäischen Krisenkartells und eine „staatliche Überlebensgarantie für alle Stahlunternehmen auch nach 1985" (S. 19). Die von verschiedenen Rednern und vorhergehenden Resolutionen von Vertrauensleuten bzw. Belegschaftsversammlungen aufgestellte Forderung auf Garantie aller Stahlstandorte wurde vom IGM-Vorstand allerdings nicht geteilt. Im Gegenteil betonte Mayr, „daß die Produktionskapazität weiter herabgesetzt, daß weiter rationalisiert wird, daß damit die Zahl der Arbeitsplätze bei Stahl weiter abnimmt — darüber macht sich niemand Illusionen" (S. 20).

Ausgehend von der Aussage „Gesellschaftliche Funktionen zu übernehmen, sich sozialen Pflichten zu unterwerfen, dazu ist das Privatkapital der bundesdeutschen Stahlkonzerne jedoch bis heute nicht bereit" (S. 33), formulierte Mayr in fünf Punkten die Konkretisierung der Vergesellschaftungsforderung, wie sie vom Vorstand der IGM gesehen wird:

„1. Vergesellschaftung ist nicht dasselbe wie Verstaatlichung. (...) Die Unternehmenspolitik muß also auf gesellschaftliche Ziele verpflichtet werden (...) letztlich muß und will die IG Metall als Organisation nicht Richter über die Arbeitsplätze sein, sondern Anwalt der Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze bedroht sind. (...) Auch gegenüber einer nationalen Stahlholding würden wir als IG Metall unsere unabhängige Position wahren und vieles durch Kollektivverträge regeln. (...)

2. Streben wir einen dezentralen Aufbau an (...) keine Einheitsgesellschaft aus unselbständigen Betrieben. (...)

3. Muß die Holding auch verarbeitende Unternehmen umfassen. (...) Mit der Ausgliederung der Stahlbereiche durch die Konzerne sind jedenfalls nicht schon die Grenzen für eine Vergesellschaftung gezogen. Die muß weiterreichen.

4. Haben wir für die gesetzlich vorgeschriebenen Entschädigung der Aktionäre eine Lösung gesucht, die den Steuerzahler nicht belastet, die das Kapital nicht von allen Ertragsrisiken freistellt, und die möglichst keinen Anlaß zu gerichtlichen Auseinandersetzungen bietet. Diesen Bedingungen genügt eine Entschädigung durch Wertpapiere. (...)

5. Schließlich haben wir nicht nur den Weg einer Enteignung nach Artikel 15 Grundgesetz geprüft. (...) Der gerade Weg zum Ziel führt jedoch — über eine Enteignung der Aktionäre nach Art. 15 — zu einer Holding ausschließlich in Staatseigentum. In diesem Fall werden die Aktionäre mit Schuldverschreibungen der Holding entschädigt. Zu sagen hätte sie nichts mehr." (S. 34—39)

Durchsetzungsstrategie — nicht zu sehen!

Die von mehreren Rednern eingeforderte Handlungsstrategie zur Umsetzung dieser Vorstellungen fehlte sowohl in den programmatischen Vorschlägen des IGM-Vorstandes wie in den Redebeiträgen Mayrs und Judiths.

Mayr verwies nur darauf: „Das Ergebnis der Landtagswahl an der Saar ist das Zeichen an der Wand. Die Stahlfraktion der Bonner Koalition weiß jetzt: Ein Festhalten an ihrer bisherigen stahlpolitischen Grundlinie geht an die Wurzeln ihrer politischen Existenz in den Revieren von Kohle und Stahl. (...) Unsere entscheidende Waffe ist und bleibt unser gewerkschaftlicher Abwehrkampf gegen eine menschenverachtende Politik." (S. 45) Angesichts der von Judith geschilderten Maßnahmen der Stahlunternehmen, dabei u.a.:



- 12000 Arbeitsplätze 1984 vernichtet;
- Kurs eines erbarmungslosen Sozialabbaus auf betrieblicher Ebene, z.B. Arbed Saarstahl, Kündigung des Sozialplans bei Peine-Salzgitter;
- Kurs gegen die Tarifautonomie bei Arbed;
- Konzentration auf weniger Standorte bei Mannesmann;
- Stillegungen bei Thyssen in Witten;
- Aufgehen der ehemals selbständigen Unternehmen Krupp Südwestfalen und Thyssen Schalker Verein in den Muttergesellschaften;
- Auslaufen der Montanmitbestimmung in den Obergesellschaften aller Stahlkonzerne außer Hoesch durch Verselbständigung und Ausgliederung der Stahlbereiche;

wurde von Judith gefordert, die Mitbestimmungsinitiative des DGB zu unterstützen, die Montanmitbestimmung auf alle Großunternehmen auszudehnen. Kernpunkt „der Mitbestimmungsinitiative ist die Beseitigung des Letztentscheidungsrechts der Hauptversammlung. Damit wird eine neue Qualität der Unternehmensmitbestimmung propagiert." (S. 30 Judith)

Eine konkrete Kampf- und Handlungsperspektive wurde aber nicht formuliert auf dieser Stahlkonferenz der IGM, nur in einigen der 14 Redebeiträge wurde klar vom notwendigen Kampf gegen die Stahlunternehmer und die Bonner Wenderegierung gesprochen. Weitere Konsequenzen für praktische Schritte der IGM und der Stahlbelegschaften zur Durchsetzung der Forderung nicht beraten, geschweige denn beschlossen.

Eigentumsfrage — nicht so wichtig?

So jedenfalls sieht es der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Roth, der in seiner Stellungnahme zur Forderung der IGM eben dies sagte, wichtig sei halt nur eine nationale Konzeption.

Rudolf Dressler, Bundesvorsitzender der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen eierte auch rum: seine Partei sei bereit, sich rege an der Strukturdiskussion für die Stahlindustrie zu beteiligen.

Tatsächlich aber ist durch die Stahlkonferenz der IGM, wie sehr auch das Fehlen eines Durchsetzungskonzepts zu kritisieren ist, die Frage des Eigentums und die mögliche Enteignung auf die Tagesordnung zumindest der politischen Auseinandersetzung gesetzt.

Jahrzehntelang war die Frage des Eigentums, der privat organisierten Wirtschaft ein Tabuthema. Mayr oder Judith zu unterstellen, sie hätten sich von Verteidigern der Marktwirtschaft, von Sozialpartnern zu Klassenkämpfern gewandelt, ist sicher nicht richtig. Aber nötig ist festzustellen, daß durch die ökonomische und politische Entwicklung, durch die objektive und subjektive Entwicklung in den Stahlrevieren deutlich geworden ist, daß es so mit der Unternehmerwirtschaft nicht mehr weitergeht — höchstens in noch raschere Talfahrt in die absolute Vergrößerung der Armut und der Not in den Stahlrevieren. Deshalb ist es gut, daß durch die Stahlkonferenz die Eigentums- und Verfügungsberechtigung der Stahlunternehmer in Frage gestellt wurde, daß klar dieser Kernpunkt des kapitalistischen Systems angesprochen wurde: wer das Eigentum an den Produktionsmitteln hat, der ist ökonomisch und politisch in letzter Instanz der, der das Sagen hat — und dies wird in den Stahlrevieren nicht mehr ohne weiteres akzeptiert, gegen diese Logik hat sich im Massenbewußtsein Widerstand entwickelt.

Das macht auch die Schwierigkeit der SPD aus. Will sie regierungsfähig darstehen, in den Augen des Kapitals, so darf sie eben nicht klar und unzweideutig für Enteignung Stellung nehmen — das könnte ja bei Grundig, bei den Werften usw. Schule machen. Von den Massenstimmungen der abhängig Beschäftigten u.a. in den Stahlrevieren hängen aber andererseits Wahlerfolge ab — also bleibt es beim rumeiern, beim „für nicht wichtig" — Erklären der Eigentumsfrage.

Für uns Anlaß, z.B. im NRW-Wahlkampf, an diesem Aufwerfen der Eigentumsfrage anzuknüpfen, die Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse sich politischen Einfluß verschaffen muß, um ihre Interessen an gesellschaftlichem Eigentum und gesellschaftlicher Organisation der Produktion durchzusetzen, zu verdeutlichen, eben die Eigentumsfrage als tatsächlich wichtige Aufzuwerfen und die Wege, die zu einer Lösung führen, zu erläutern. Dazu gehört das positive Aufnehmen und Unterstützen der Forderung der Stahlarbeiter nach Enteignung der Stahlkonzerne genauso wie die Debatte über eine Durchsetzungsstrategie, wie die konsequente Verteidigung jedes Arbeitsplatzes vor Ort in den Stahlbetrieben.

Unternehmer und Regierung gegen Vergesellschaftung

Nach der IGM-Stahlkonferenz haben — wie wohl niemand anders erwartet hatte — Regierung und Stahlverband heftig gegen die IGM polemisiert.

Bangemann meinte: „Verstaatlichung ist kein Konzept zur Gesundung, sondern macht eine Industrie nur noch kränker."

Ein Herr Lammert von der CDU wies darauf hin, daß es doch den deutschen Stahlwerken so schlecht nicht gehe, schließlich hätten sie nur 34 Prozent der Belegschaften abgebaut seit 1974, während es in Frankreich runde 50 Prozent, in Großbritannien gar fast 70 Prozent seien.

Gienow, dessen Bilanzkünste bei Klöckner in den letzten Wochen ja in der Presse breit behandelt wurden — so wurde durch die Ausgliederung des Stahlbereichs fast eine Milliarde mehr „Wert" in der Bilanz geschaffen —, meinte, daß eine staatliche Lösung letztlich viel mehr Geld koste als bei privaten Unternehmen und forderte für die Fusion Krupp, Klöckner, CRA erneut mehrere 100 Millionen Mark Steuergelder zur Vernichtung unrentabler Arbeitsplätze.

Der Geschäftsführer des Stahlverbandes Vondran lehnte ebenfalls alle Pläne der IGM ab. Es ist auch deshalb kein Wunder, weil die Deutsche Bundesbank z.B. für dieses Jahr einen Bilanzgewinn von 500 Millionen Mark für die Stahlkonzerne vorhersagt. Wer will da als „Unternehmer" schon freiwillig drauf verzichten.

„Nichts Genaues weiß man nicht"

Lebt Mengele von Geldern aus Bayern?

Im Vorfeld des für Juli vorgesehenen Besuchs des paraguayischen Diktators Alfredo Stroessner in der Bundesrepublik sind neue Meldungen über die Verbindungen Mengeles zu seiner steinreichen Verwandtschaft in Günzburg in Bayern aufgetaucht.

Fest steht mittlerweile auch, daß die Einladung Bonns an Stroessner, der als Freund und Beschützer des KZ-Massenmörders gilt im April 1984 mit einem Brief von Franz-Josef Strauß in die Wege geleitet wurde.

Franz-Josef Strauß war es auch, der in Israel auf die Verbindungen Mengeles nach Bayern angesprochen wurde. Völlig überrascht tat er, sagte, er habe *„erst jetzt vom angeblichen Fabrikbesitzer Mengele gehört"*. Die Firma Mengele, die im bayerischen Günzburg landwirtschaftliche Maschinen produziert, hat immerhin über 1000 Leute beschäftigt, gilt als „florierendes" Unternehmen mit Niederlassungen u. a. auch in Lateinamerika.

In Israel, wo erst kürzlich ein Tribunal zu den Verbrechen des KZ-Arztes Mengele weltweites Aufsehen erregte, sagte Strauß zu, Untersuchungen in die Wege zu leiten, weil es Vorwürfe gab, daß Mengele große Geldbeträge von der Firma seines Vaters, bzw. jetzt seiner Brüder und deren Erben bekommen hätte.

Die Untersuchung war kurz, bündig und ergebnislos. Die „Süddeutsche Zeitung" kommentierte die Aussagen eines Sprechers der bayerischen Staatskanzlei wie folgt: *„Sie (die Ergebnisse der Untersuchung) werden die Fragesteller in Israel und anderswo nicht befriedigen, den Verdacht nicht ausräumen können, einer der schlimmsten Kriegsverbrecher werde mit in Bayern erwirtschaftetem Geld unterstützt. Es gebe für die Staatskanzlei keine Anhaltspunkte dafür, daß Josef Mengele aus der Firma in Günzburg Überweisungen auf ein Schweizer Nummernkonto erhalte, hieß es. Wegen des Steuergeheimnisses habe Strauß „überhaupt keine Handhabe"; in der Bundesrepublik gebe es auch keine Devisenbewirtschaftung, weshalb auch nicht geprüft werden könne, ob Mengele Zuwendungen aus Günzburg erhalte, sagte der Sprecher und fügte hinzu: „Da wird nichts herauskommen". Die Untersuchung hat also ergeben, daß eine Untersuchung sinnlos oder nicht möglich ist, selbst wenn sie nur auf schweizer Konten eingegrenzt wäre. Es gibt viele Möglichkeiten des Geldtransfers."*

Der Mengele-Clan in Günzburg weist natürlich alle Vorwürfe von sich, man gehe davon aus, daß Josef Mengele nicht mehr lebe. Ganz so ahnungslos kann man aber in Günzburg nicht sein. Nachweislich hat der Mengele-Clan immer fest zusammengehalten. „Damit das Geld beieinander bleibt", so das Oberhaupt der Mengeles, Karl Mengele sen., ist auch der jetzige Firmeninhaber Karl-Heinz Mengele zum Stiefsohn des berüchtigten Mörders Josef avanciert. Karl-Heinz, so heißt es, ist ein leiblicher Sohn des dritten Mengele-Bruders Karl, der in den fünfziger Jahren starb. Der „alte" Mengele habe daraufhin die Heirat der Witwe Karl Mengeles mit Josef Mengele arrangiert, eben mit der Begründung: „Damit das Geld beieinander bleibt." Die Trauung soll 1959 in Uruguay stattgefunden haben.

Als gesichert gelten weiterhin Erkenntnisse, daß



An der Rampe des KZs Auschwitz suchte sich der KZ-Arzt Mengele selbst die Opfer aus, die er grausam zu Tode quälte.

mindestens bis nach dem Tod des Vaters Karl Mengele intensive Kontakte des KZ-Arztes zur Mengele-Familie nach Günzburg bestanden.

Daß Josef Mengele mehrfach, zum Beispiel anläßlich der Beerdigung seines Vaters unerkannt in Günzburg gewesen sei, hält sich hartnäckig als Gerücht; sogar der Ort, an dem er bei seinem Heimataufenthalt untergeschlüpft sei, wird kolportiert: das Günzburger Kloster der „Englischen Fräulein". Niemand habe seinerzeit Polizei oder Justiz verständigt, ein ermittelnder Staatsanwalt erklärte, die schwäbische Stadt habe sich *„wie eine Gruppe von Verschwörern"* verhalten. Die Geschichte von der Unterbringung Mengeles im Günzburger Kloster ist im übrigen in den letzten Tagen auch von der Grünen Bundestagsabgeordneten Petra Kelly bestätigt worden, die damals dort die Schule besuchte.

Der bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Warnke hat noch nachgehakt, um Licht in das Dunkel der Beziehungen Josef Mengeles zum Familienbesitz in Günzburg zu bringen. Er findet es zu Recht erstaunlich, *„daß bisher keine bayerische Behörde auf den Gedanken gekommen sein soll, die Vermögensverhältnisse der Firma Mengele im Hinblick auf eine Beteiligung des Josef Mengele zu durchleuchten."* Nach den jüngsten Vorgängen um die Rente für die Freisler-Witwe müsse man freilich vieles für möglich halten.

In einer Landtagsanfrage erkundigte sich Warnke jetzt *„ob bayerische Behörden jemals den Versuch gemacht haben, das in Bayern vorhandene Vermögen von Mengele für die Entschädigung von KZ-Opfern und deren Angehörigen sicherzustellen."* Der Gedanke sei *„unerträglich"*, daß der KZ-Arzt Mengele *„sich vierzig Jahre lang mit den Erlösen aus einer bayerischen Firma irgendwo in Südamerika ein gemütliches Leben machen konnte, während die Angehörigen seiner Opfer um Wiedergutmachungsleistungen kämpfen mußten"*.

CDU will demokratische Organisationen verbieten

HANNOVER. — „Sämtliche extremistischen Ausländerorganisationen", namentlich aber bekannte demokratische türkische Organisationen wie FIDEF, ATIF, DIDF, Devrimci Yol und Kurtulus, sowie die islamische Fundamentalistenorganisation MSP und die faschistische Türk-Föderation will die Stadtratsfraktion der Hannoverschen CDU auf ein Verbot hin überprüfen lassen.

Dieser Antrag muß so verstanden werden wie er gemeint ist: Es geht der CDU überhaupt nicht um das längst fällige Verbot der faschistischen Türk-Föderation (der Tarnorganisation der Grauen Wölfe) oder um das Verbot der MSP. Sie will die fortschrittlichen, die demokratischen türkischen Organisationen verbieten lassen, mindestens aber ein Verbot der Türk-Föderation verhindern.

Das beweist auch die Vorgeschichte des CDU-Antrages. Am 7. Januar hatten nämlich acht Graue Wölfe vor dem VW-Werk in Hannover-Stöcken den türkischen Kollegen und aktiven Metaller Zeki Sonraci angegriffen und mit Messerstichen lebensgefährlich verletzt. Daraufhin hatten der Vorsitzenden des DGB-Kreises Hannover, der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers von VW in Stöcken, die IG Metall und die Landtagsfraktionen der Grünen und der SPD vom niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff das Verbot der Türk-Föderation gefordert. Und im Rat der Stadt Hannover hatte die GABL/DKP-Gruppe einen entsprechenden Antrag eingebracht. Die CDU hat darauf auf ihre Weise reagiert.

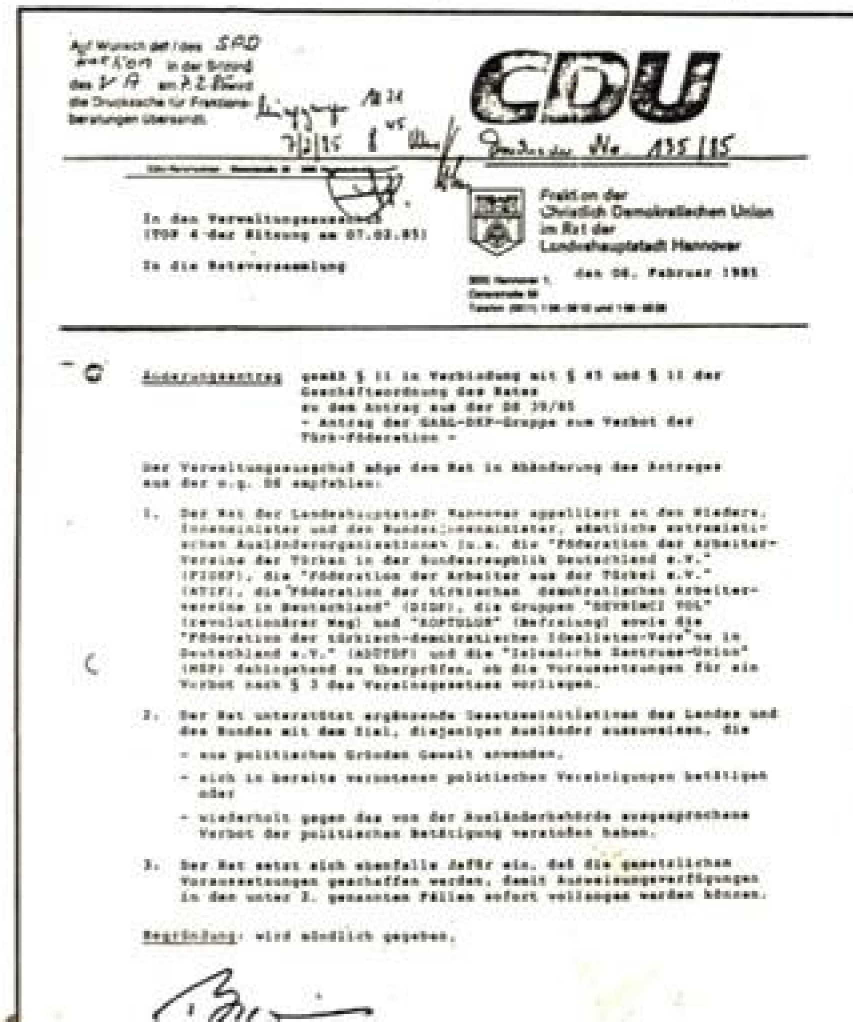
Im zweiten Teil des CDU-Antrages wird verlangt, daß sich der Rat für Gesetzesinitiativen einsetzt, die die **sofortige** Ausweisung von Ausländern ermöglichen, wenn diese „aus politischen Gründen Gewalt anwenden, sich in bereits verbotenen Vereinigungen betätigen oder wiederholt gegen das von der Ausländerbehörde ausgesprochene Verbot der politischen Betätigung verstoßen haben".

Nur wenige Tage nachdem der CDU-Antrag im Verwaltungsausschuß des Stadtrats eingebracht worden war, schlug Hannovers Polizei zu. Sie durchsuchte die Wohnungen von zwei bekannten Antifaschisten aus der Türkei mit der Begründung, sie seien verdächtig im Dezember (!) an einer „Auseinandersetzung mit türkischen Landsleuten" teilgenommen zu haben.

Einer der beiden wurde sogar mit auf die Wache genommen und dort stadtbekannten Grauen Wölfen vorgeführt!

Es ist wirklich an der Zeit die Kumpanei der CDU mit der faschistischen Türk-Föderation zu beenden. Die Türk-Föderation muß endlich verboten werden!

Es sei noch angemerkt: Vor einiger Zeit hat es eine Initiative von CDU-Europaparlamentariern gegeben, in der den ausgeschlossenen türkischen Abgeordneten vorgeschlagen wurde, im europäischen Ausland scheinbar unabhängige Initiativen zu gründen, die das lädierte Ansehen des türkischen Regimes verbessern sollten. Die Gründung einer solchen Initiative wird zur Zeit in Hannover vorbereitet und wahrscheinlich gibt es auch in anderen Städten solche Bestrebungen.



Auf Wunsch der/des SPD Fraktion in der Sitzung des VA am 7.2. Bewis die Drucksache für Fraktionsberatungen übersandt.

CDU

Drucksache Nr. 135/85

In den Verwaltungsausschuß
(TOP 4 der Sitzung am 07.02.85)

In die Ratsversammlung

Fraktion der Christlich Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover

den 06. Februar 1985

Änderungsantrag gemäß § 11 in Verbindung mit § 45 und § 11 der Geschäftsordnung des Rates zu dem Antrag aus der DS 39/85 - Antrag der GABL-DKP-Gruppe zum Verbot der Türk-Föderation -

Der Verwaltungsausschuß möge dem Rat in Abänderung des Antrages aus der o.g. DS empfehlen:

1. Der Rat der Landeshauptstadt Hannover appelliert an den Nieders. Innenminister und den Bundesinnenminister, sämtliche extremistischen Ausländerorganisationen (u.a. die "Föderation der Arbeitervereine der Türken in der Bundesrepublik Deutschland e.V." (FIDEF), die "Föderation der Arbeiter aus der Türkei e.V." (ATIF), die "Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland" (DIDF), die Gruppen "DEVRIMCI YOL" (revolutionärer Weg) und "KURTULUS" (Befreiung) sowie die "Föderation der türkisch-demokratischen Idealisten-Vereine in Deutschland e.V." (ADÜTDF) und die "Islamische Zentrums-Union" (MSP) dahingehend zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für ein Verbot nach § 3 des Vereinsgesetzes vorliegen.

2. Der Rat unterstützt ergänzende Gesetzesinitiativen des Landes und des Bundes mit dem Ziel, diejenigen Ausländer auszuweisen, die
- aus politischen Gründen Gewalt anwenden,
- sich in bereits verbotenen politischen Vereinigungen betätigen oder
- wiederholt gegen das von der Ausländerbehörde ausgesprochene Verbot der politischen Betätigung verstoßen haben.

3. Der Rat setzt sich ebenfalls dafür ein, daß die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Ausweisungsverfügungen in den unter 2. genannten Fällen sofort vollzogen werden können.

Begründung: wird mündlich gegeben.

Hannover-Messe 85

Partnerland Türkei?

In Hannover findet alljährlich die größte Industriemesse der Welt statt — 1985 vom 17. bis zum 25. April. Und ausgerechnet die Türkei soll dabei als „Partnerland" eingeladen und präsentiert werden. In einer Gemeinschaftsausstellung werden sich 80 bis 100 Firmen und Institutionen aus der Türkei als Handelspartner anbieten und auch der türkische Ministerpräsident Özal wird es sich nicht nehmen lassen, in Hannover zu erscheinen und Propaganda für den von ihm regierten Folterstaat zu machen.

Die Einladung an die Türkei hat natürlich ihre Gründe. Die Eingliederung der Türkei in die EG steht unmittelbar bevor und dann werden die sowieso schon außergewöhnlich gewinnträchtigen Geschäfte noch profitabler. Außerdem läßt sich die Einladung ganz gut nutzen, um das faschistische türkische Regime weißzuwaschen und als demokratisch zu verkaufen.

Die niedersächsische Landesregierung, die in dieser Hinsicht besonders wenig Skrupel hat, versuchte sich für die Einladung an die Türkei bereits durch die Behauptung zu entlasten: „Die Militärregierung wurde Ende 1983 von einer mit großer Mehrheit gewählten demokratischen Regierung abgelöst."

Daran ist, das braucht hier wohl nicht besonders betont zu werden, kein Wort wahr. Es mag genügen, hier eine Äußerung des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Martin Hirsch anzuführen, der nach einer Reise in die Türkei im Mai 1984 vor der Presse erklärte: „Aber wie die jetzt hier aufräumen, das ist ja beinahe schlimmer als was die Nazis 1933 gemacht haben."

Gegen die Teilnahme der Türkei als Partnerland auf der Hannover-Messe gibt es naturgemäß deshalb inzwischen zahlreiche Proteste. In einem Aufruf, der u.a. von der Landtagsfraktion der Grünen, der GAL Hamburg, 136 Teilnehmern einer ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz unterzeichnet worden ist, wird gefordert:

„Wir sagen: Wer diesen Staat mit Militär- und Wirtschaftshilfe unterstützt; wer mit diesem Regime Geschäfte macht; wer diesem Staat internationale Anerkennung verschafft — der macht sich mitschuldig an Folter, Hinrichtungen, Diktatur und sozialem Elend! Wir fordern: Sofortige Annullierung des Messevertrages mit der Türkei! Sofortigen Stopp der Militär- und Wirtschaftshilfe!

Freundschaft mit dem türkischen und kurdischen Volk: Ja! Partnerschaft mit dem Folterstaat Türkei: Nein!" Für den 20. April ist unter diesen Forderungen eine Demonstration geplant, zu der eine Aktionseinheit aufruft.



Macht mit beim Ostermarsch '85

In zahllosen Orten in der gesamten Bundesrepublik wird auch in diesem Jahr zu Ostern demonstriert werden. Die nebenstehend abgebildete Karte gibt nur einen ausschnittweisen Überblick.

Wir rufen alle Leserinnen und Leser des Roten Morgen auf, sich an den Demonstrationen und anderen Aktivitäten zu beteiligen. Ein praktischer Tip für Kurzurlauber: man muß nicht in seiner Heimatstadt, man kann auch in anderen Städten mitmachen!

Anlaß, für den Frieden auf die Straße zu gehen, gibt es schließlich genug: von den Raketen bis zu Bundeswehr-Aufrüstungsplänen, von dem Revanche-Geschrei von Dregger und Co. bis zu den Aggressionen gegen Nicaragua. Und unter der Losung „Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau" werden auch in diesem Jahr viele Gewerkschafter marschieren.

Ein zusätzlicher Anlaß für uns, an den Ostermärschen teilzunehmen, ist auf jeden Fall die Tatsache, der Forderung nach Austritt aus der NATO Nachdruck zu verleihen. Denn daß es auf den Ostermärschen nicht viele gibt, die das sowieso tun werden, wissen wir alle.

Damit niemand mit leeren Händen mitmarschieren muß, gibt es auch in diesem Jahr eine „BLIND". Wie immer „wahnsinnig ordnungsliebend" und — hoffen wir jedenfalls stark — sehr begehrt bei allen Friedensfreunden.



Im Gelände, auf See und in der Luft:

„Für den jungen, spannkräftigen Offizier"

Für die „freiwillige vorzeitige Zurruhesetzung von 1500 Truppenoffizieren" will man in Bonn 652 Millionen Mark ausgeben. Ein 45jähriger Oberstleutnant, der dem Angebot folgen würde, könnte mit 42000 Mark Abfindung und einer Rente von 70 Prozent seiner bis dahin „erdienten" ruhegehaltsfähigen Bezüge aufhören. Was sich hinter der Diskussion um „Verwendungsstau", „Verwendungswechsel" und „Verwendungsfluß" verbirgt, offenbarte eine Bundestagsdebatte am 14. März: es geht um mehr als um die Frühpensionierung einiger Offiziere, denn das Vaterland ist in Gefahr, wie die folgenden Passagen aus der Debatte belegen.

Der Verteidigungsminister Wörner machte deutlich, daß die 652 Millionen Mark gut angelegt sind, wenn es über die Pensionierung der 1500 Offiziere gelingt, die Truppenführung knackig zu halten. *„Geschieht nichts"*, so Wörner, *„dann wird die Bundeswehr ihren Abschreckungs- und Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen können."* Wörner warnte vor der Überalterung der Bundeswehr: *„Die schon jetzt deutlichen Folgen für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte würden unerträglich. Überalterte Kompaniechefs und Bataillonskommandeure wären physisch und wohl auch psychisch kaum noch im Stande, ihre Einheiten und Verbände unter den harten Bedingungen des Gefechts wirkungsvoll zu führen und die ihnen unterstellten Soldaten — das sind zu 50 Prozent Wehrpflichtige — bei der notwendigen einsatzorientierten Ausbildung zu motivieren."* Vehement wehrte sich der Verteidigungsminister dagegen, die Forderung nach frühzeitiger Pensionierung könnte ja auch aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes erhoben werden: *„Bei diesen Forderung wird übersehen, daß die Lage der Kompaniechefs und Bataillonskommandeure der Streitkräfte aus vielen Gründen nicht mit anderen Zweigen des öffentlichen Dienstes vergleichbar ist. Das Lebensalter der militärischen Führer — das ist der entscheidende Grund — ist an Belangen des Friedensbetriebes einerseits, vor allem aber an denen des Verteidigungsfalles auszurichten. Der frühere Bundeskanzler Schmidt hat einmal mit Recht gesagt: Je besser eine Armee kämpfen kann, desto weniger wird sie kämpfen müssen. Das heißt, wir müssen eine Armee haben, die kämpfen könnte, wenn sie die Aufgabe der Abschreckung bewältigen und damit den Frieden für dieses Volk sichern soll. Also muß sich das Lebensalter der militärischen Führer an den Anforderungen des Ernstfalles ausrichten. In diesem Ernstfall müßten sie ihre Kompanien und Bataillone in einem mit großer Vehemenz geführten Gefecht, und zwar rund um die Uhr, unter permanenter Feindeinwirkung und in ständiger Gefahr für das eigene Leben führen. Jeder kann sich vorstellen, was das an physischer und psychischer Belastung, an Verantwortung für Leib und Leben der unterstellten Soldaten, an Nerven und Spannkraft voraussetzt. (...) Nur der junge, spannkräftige Offizier, der den Wehrpflichtigen noch etwas vormachen kann, der ihnen auch altersmäßig nahesteht, wird dies im Regelfall leisten können."*

Und der Abgeordnete Wilz von der CDU/CSU-Fraktion stimmte dem obersten Befehlshaber der Armee zu: *„Schließlich erfordert der Einsatz im Gelände, auf See und in der Luft vom Vorgesetzten hohes Wissen, schnelles Reaktionsvermögen, energisches Handeln und höchste körperliche Belastbarkeit. Wir benötigen Offiziere, die nicht nur geistig und charakterlich, sondern auch körperlich in jedweder Hinsicht aktives Vorbild für unsere jungen Wehrpflichtigen sind."*

Jetzt wissen wir es also: diemehr als eine halbe Milliarde Mark dienen letztendlich dazu, „die Truppe" überhaupt einsatzfähig zu erhalten. Dennoch geht es ein bißchen auch um die Moral der Truppe, Aufstiegschancen muß so ein knackiger Offizier natürlich auch haben. Man stelle sich vor welch totalen Frust eine Entwicklung wie die folgende auslösen würde. Wieder Originalton Wörner vom 14.3.85: *„Schon gibt es Hauptleute, die 16 Jahre Dienst als Kompaniechef tun. Junge Oberleutnante haben keine Chance, rechtzeitig Kompaniechef zu werden. Ende der 80er Jahre müßten junge Zeitoffiziere nach einem Hochschulstudium und zwölfjähriger Dienstzeit im selben Dienstgrad „Oberleutnant" aus der Truppe ausscheiden, mit dem sie von der Hochschule kommen. Sie müßten als Oberleutnante ausscheiden, ohne je die Chance gehabt zu haben, Kompaniechef zu sein."* Schreckliche Aussichten für den Offiziersnachwuchs — fürwahr.

In der Bundestagsdebatte ging es „lebhaft" zu. Die alten Haudegen von CSU und CDU riefen in die Rede des Abgeordneten der Grünen: *„Der hat einen Indianerpfeil im Kopf"*, auf einen Ordnungsruf des Bundestagspräsidenten vermerkt das Sitzungsprotokoll aus der SPD-Fraktion die militärisch exakte Antwort: *„Jawohl, Herr Präsident"*. Die Fraktion der Grünen hatte allerdings auch keine Sternstunde. Als Wörner darlegte, wie die Regierung erfolglos darum gerungen habe, die „zu alten" Offiziere in irgendwelche „Zusatzdienstposten" unterzubringen, kam vom Grünen-Abgeordneten Schwenninger der Zwischenruf: *„Die können sie doch auch im Schuldienst verwenden"*, wahrlich kein Geistesblitz, bei der immensen Lehrerarbeitslosigkeit gerade Bundeswehroffiziere an die Schulen zu schicken. Und der Debattenredner der Grünen, Dr. Schierholz, erging sich unter anderem in Klagen über die Altersfeindlichkeit des Verteidigungsministers. *„Wir lehnen den vorliegenden Gesetzentwurf ab, weil er die in der Bundeswehr vorhandenen Probleme nicht löst, eine ungerechtfertigte Privilegierung einer Berufsgruppe beinhaltet und schließlich von einer Leistungsideologie geprägt ist, die unter dem Mantel des Verwendungsstaus den Karrieredenken frönt und letztlich von einer Feindlichkeit gegenüber dem Alter geprägt ist."*

Da konnte auch nicht mehr der (hoffentlich wirklich!) ironische Schluß des Redners der Grünen überzeugen, der an den Verteidigungsminister appellierte: *„Seien Sie doch einmal mutig, stellen Sie allen Ihren Soldaten die Möglichkeit der Rotation frei — unbegrenzt ab dem 18. Lebensjahr —, dann können Sie vielleicht ausnahmsweise Beifall auch von den Grünen verzeichnen."*

Alle Zitate sind echt. Nachzulesen im Plenarprotokoll 10/126, Stenographischer Bericht der 126. Sitzung des Bundestages, Bonn, Donnerstag, den 14. März 1985.



Kriegsgewinnler in Westeuropa

Der lange Krieg am Golf

Seit 53 Monaten tobt der Krieg am Golf. Ausgehend von Gebietsforderungen an den Iran griff der Irak an, heute muß er sich trotz waffentechnologischer Überlegenheit gegen eine Welle von Angriffen der Armeen des Ayatollah Khomeini erwehren. Die gegenseitigen Luftangriffe auf die Metropolen beider Staaten und die mörderische Schlacht in den Huwaizah-Sümpfen im Südirak haben diesen Krieg jetzt wieder in die Schlagzeilen der Presse gebracht.

Der mehr als vierjährige Krieg kostete bislang zwischen 250000 und einer halben Million Menschen das Leben, verschlang mehrere Milliarden Dollar. Wird dem Irak immer wieder der Einsatz chemischer Kampfstoffe vorgeworfen, so muß sich der Iran gefallen lassen, daß man ihm den Fronteinsatz einer großen Zahl von Jugendlichen, ja Kindern vorwirft.

Der Krieg am Golf, der die für beide Staaten so wichtigen Erdölexporte enorm zurückgehen ließ, sieht von den direkt beteiligten Staaten bis heute keinen Gewinner. Weder der Iran noch der Irak haben Vorteile daraus ziehen können, im Gegenteil, in beiden Staaten sind zumindest versprochene Reformen und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Menschen können nicht mehr durchgeführt werden.

Kriegsgewinnler gibt es dennoch. Da sind zum einen die westlichen imperialistischen Staaten, denen eine instabile, schwache und sich selbst zerfleischende Golfregion nur recht ist. Die Abgeordneten der Westeuropäischen Union, WEU, hielten im Dezember 1984 auf der Herbsttagung dieser Union in einer Empfehlung fest, daß es das beste wäre, keine der kriegsführenden Parteien würde gewinnen. In der Empfehlung 412 **„betr. die Konsequenzen des Golfkrieges"**, heißt es ganz deutlich unter Punkt II: *(Die Versammlung) vertritt die Auffassung, daß ein entscheidender Sieg einer der beiden kriegsführenden Staaten ernste Gefahren für die Stabilität der Region mit sich brächte."* Das heißt doch nichts anderes, als daß die westeuropäischen Staaten den jetzigen Zustand, den andauernden Krieg für besser halten, als den Sieg einer Seite, welche es auch immer sei.

Zum anderen gehen aus allen westlichen Ländern große Rüstungsexporte in beide Staaten. Der Iran kauft Waffen und Kriegsgerät hauptsächlich in Israel. Die israelische Rüstungsproduktion könnte aber ohne amerikanische Dollar und Lieferungen aus Westeuropa gar nicht funktionieren. Der Irak führt Krieg mit französischen Exocet-Raketen. Und erst kürzlich enthüllte der „stern", daß die Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) Mehrzweckhubschrauber des Typs BK 117 an den Irak verkauft hat und über die österreichische Firma Denzel für militärische Zwecke mit Funk- und Navigationsgeräten ausrüsten ließ.

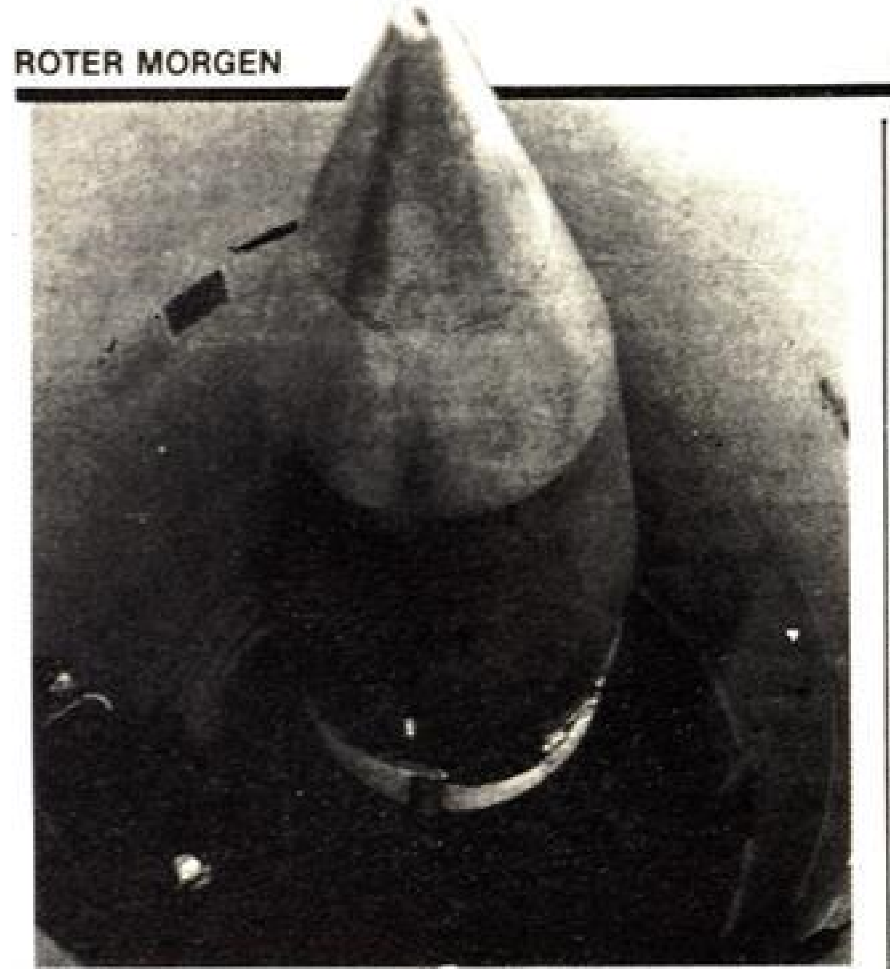
Anti-NATO-Demo in Madrid

Zum wiederholten Male haben Zehntausende in Spanien gegen die NATO demonstriert. Vor den Toren des US-Fliegerhorstes Torrejon außerhalb der Hauptstadt Madrid kamen am Sonntag rund 100000 Menschen zusammen. Sie haben gegen die Mitgliedschaft ihres Landes in der NATO protestiert und verlangten auch den Abzug aller US-Truppen aus Spanien und die Schließung der US-Basen.

Spanien hat sich seit Mai 1982 der NATO angeschlossen, seine Streitkräfte aber noch nicht in die Kommandostruktur der NATO integriert. Der spanische Ministerpräsident Gonzales, in Wahlkämpfen immer Gegner der NATO-Mitgliedschaft, hat eine Volksabstimmung über die spanische NATO-Mitgliedschaft zugesagt, die aber noch immer nicht fest terminiert ist.



Unser Bild zeigt eine Aktion der Kommunistischen Jugend Spaniens (ML) gegen die NATO-Mitgliedschaft und die Militärstützpunkte.



US-Senat

1,5 Milliarden Dollar für neue MX-Raketen

Mit einer unerwartet hohen Mehrheit von 55 zu 45 Stimmen genehmigte der US-Senat die erforderlichen 1,5 Milliarden Dollar, damit die US-Regierung, zu den im Bau befindlichen 21 MX-Raketen, weitere 21 Stück bauen kann. Diese Entscheidung ist nur ein Teil des Reaganschen MX-Programms, der Präsident möchte noch weitere 48 MX-Raketen bauen lassen, für die er noch mal 3,5 Milliarden Dollar benötigt.

Vor der Abstimmung hat es breite Proteste gegen das Rüstungsprogramm gegeben, die katholischen Bischöfe, andere kirchliche Kreise, die Friedensbewegung forderten den Senat auf, dem MX-Programm nicht zuzustimmen. Eine Demonstration von Arbeitslosen aus verschiedensten US-Bundesstaaten demonstrierten vor der Abstimmung in Washington. Auf ihren Transparenten konnte man lesen: *„MX-Raketen können wir nicht essen!"*

Die MX-Raketen, von Ronald Reagan „Friedensbewahrer" genannt, sind Langstreckenraketen, die mit jeweils 10 atomaren Sprengköpfen ausgerüstet sind. **Jeder dieser Sprengköpfe hat die 10fache Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe. Also 100mal Hiroshima in jeder Rakete vom Typ MX!**

Die rund 24 Meter hohe Rakete soll in bestehenden Bunkern der „veralteten" Minuteman-Rakete stationiert werden. (Unser Bild zeigt eine Rakete dieses Typs in einem unterirdischen Silo). Da allerdings viele dieser unterirdischen Stellungen bekannt sind, arbeitet man an Plänen, ein kilometerlanges unterirdisches Tunnelsystem bei jeder Stellung zu bauen, das verschiedene Abschußpositionen haben soll. Daß damit die Kosten dieses Erstschlagwaffensystems in utopische steigen, liegt auf der Hand. Das international anerkannte schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institut) prognostizierte im Rüstungsjahrbuch 1980/81 schon: *„Die Kosten dieses Systems werden mindestens 30 Milliarden Dollar betragen und können möglicherweise bis auf 50 Milliarden Dollar ansteigen."* Weit über 150 Milliarden DM wären das bei dem gegenwärtigen Dollar-Kurs. Und das MX-Programm ist im Vergleich zum „Krieg-der-Sterne-Programm" SDI (Strategic defense initiative, Strategische Verteidigungsinitiative) nur ein „kleiner" Teil der US-amerikanischen Rüstung. **Bezahlt werden kann diese Wahnsinnsrüstung nur mit einem radikalen Sozialabbau, mit der Verwendung des weitaus größten Teiles der Staatseinnahmen für Waffen. Für die Bewältigung der in den USA großen sozialen Probleme wird kein Cent mehr übrig bleiben.**

Besonders widersinnig sind Zeitpunkt und Begründung der Bewilligung des MX-Programms. Während in Genf seit Jahren erstmals wieder Vertreter der beiden Großmächte USA und UdSSR zu „Abrüstungsverhandlungen" an einem Tisch sitzen, wird das MX-Programm bewilligt, weil Ronald Reagan ein *„Verhandlungspfand"* braucht. Nach des Präsidenten Logik erhöhen die neuen MX-Raketen die Abrüstungschancen in Genf. Ein US-Senator faßte ironisch zusammen: *„Um zu reduzieren, müssen wir ausweiten."*

Die wahren Absichten der US-Regierung sind schon länger bekannt. Der US-Präsident beantwortete bei einer Pressekonferenz die Frage: *„Würden Sie die MX-Raketen in jedem Fall bauen, ganz gleich was in Genf herauskommt?"* mit einem eindeutigen *„aber ja!"*. Und nach der gewonnenen Abstimmung im Senat nannte er die Entscheidung *„eine Botschaft amerikanischer Entschlossenheit an die Welt"*.

Zwar sind über das MX-Programm noch drei weitere Abstimmungen notwendig, bevor das endgültige „OK" für diese todbringenden *„Friedensbewahrer"* kommt. Auf die hohen US-Politiker darf man aber im Kampf gegen den Rüstungswahnsinn des US-Imperialismus nicht setzen. Die nordamerikanische und die weltweite Friedensbewegung steht vor einer neuen Herausforderung.

Entwicklungshilfepolitik BRD-Nicaragua

Die Wende kam schon 1981

Der Bericht von Manfred Ernst und Ali Schwarz kommt zu dem Ergebnis, daß von den Bundesregierungen seit Somozas Sturz zwar 169 Millionen Mark für Entwicklungshilfeprojekte zur Verfügung gestellt wurden, die ausgezahlte, also in Nicaragua angekommene Summe viel geringer ist.

Allein von Juli '79 bis September '83 wurden von 92 Millionen Mark zugesagter Hilfe lediglich 42 Millionen Mark ausgezahlt, 50 Millionen sind blockiert. In den Jahren 1981/82 wurden Nicaragua weitere Zusagen über Hilfe in Höhe von 40 Millionen Mark gemacht. Es gab jedoch keinerlei Regierungsverhandlungen zwischen Bonn und Managua mehr, die die Verwendung der Gelder spezifiziert hätten, was eine Auszahlung voraussetzt. Diese 40 Millionen-Zusage ist demnach bis heute lediglich eine im Bundeshaushalt angesetzte Kannbestimmung. Sie markiert eine Obergrenze, sagt aber weder etwas über tatsächliche Zahlungen aus und hat ohne die erwähnten Regierungsverhandlungen auch keinerlei Rechtsverbindlichkeiten.

Aber auch wenn schon Regierungsverhandlungen stattgefunden haben, blockt Bonn ab. In einem Falle wurde im Juli 1980 ein Regierungsabkommen für den Wiederaufbau der zerstörten Krankenhäuser der Provinzhauptstadt in Esteli abgeschlossen. Die zugesagten 10 Millionen Mark können aber unter anderem deswegen nicht ausgezahlt werden, weil der „federführenden" Stelle, der Kreditanstalt für Wideraufbau (KfW) Dienstreisen nach Nicaragua untersagt werden. Aber die Abstimmung mit den nicaraguanischen Behörden ist eine weitere Voraussetzung für die Auszahlung der Gelder.

Die staatliche „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit" (GTZ) führte von Juli 1979 bis August 1983 Entwicklungshilfeprojekte im Volumen von rund 33 Millionen Mark durch. Jetzt versiegte auch hier der Strom der Mittel. Ein Antrag der GTZ, einen Berater für die staatliche nicaraguanische Planungsbehörde FINAPRI (Planungsbüro für Industriestudien) wurde abgelehnt. Dies ist um so verwunderlicher, weil in der Regel keine Gelegenheit ausgelassen wird, Regierungsberater auf höchste Ebene zu entsenden.

Die Autoren der Untersuchung kommen zu dem Ergebnis, daß von Seiten der Regierung und des Entwicklungshilfeministeriums bis heute nicht viel mehr als 65 Millionen Mark nach Nicaragua geflossen sein dürften.

Neben den Organisationen die mit technischen und finanziellen Mitteln im Entwicklungshilfebereich arbeiten, gibt es noch den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) der vor allem in den personellen Entwicklungshilfe tätig ist. Während der

Zwei Sozialwissenschaftler sollten über ein Forschungsprogramm der Carl-Duisberg-Gesellschaft eine Bestandsaufnahme der öffentlichen und privaten Entwicklungshilfe aus der BRD für Nicaragua erarbeiten. Bezeichnend für dies Thema ist, daß den Wissenschaftlern Manfred Ernst und Ali Schwarz plötzlich 1984 die Mittel für die Untersuchung gestrichen wurden. Die Carl-Duisberg-Gesellschaft erhält die Mittel für ihre Arbeit in entwicklungspolitischen Bereich zu 90 Prozent aus dem Haushalt des Entwicklungshilfeministeriums. Nur die Sammlung unter Mitarbeitern, die zum Teil Gelder aus ihren Stipendien spendeten, machte die Untersuchung letztendlich möglich.

DED in den 70er Jahren einen relativ großen politischen Freiraum hatte und eine sehr engagierte Entwicklungshilfearbeit betrieb, ist es seit dem Regierungswechsel in Bonn anders. Nicaragua ist, so die Autoren, ein Musterbeispiel für die „Wende im DED".

Nach dem Amtsantriff des Ministers Warnke im Entwicklungshilfeministerium wird der DED massiv unter Druck gesetzt, seine Mitarbeit in Nicaragua einzuschränken. Auslaufende Verträge werden nicht mehr verlängert. Bis Ende 1985 soll die Zahl der zeitweise rund 50 DED-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf 20 gesenkt werden.

Ein zweiter Teil der Untersuchung befaßt sich mit den nichtstaatlichen Organisationen, die sich in Nicaragua engagieren. Die Nichtregierungsorganisationen halhalten insgesamt für ihre weltweite Tätigkeit jährlich 400 Millionen Mark vom Bund. Sie finanzieren aber auch vieles aus eigenem Spendenabkommen. Während mit der Bonner Wende Organisationen wie „Misereor" und „Welthungerhilfe" das „Primat der Politik" anerkannten und ihre Aktivitäten in Nicaragua reduzierten, haben andere ihr Engagement genau von diesem Zeitpunkt ab verstärkt. Das gilt u.a. für „medico-international", „EIRENE", „Terre des Hommes" und „Dienste in Übersee".

Diese Organisationen leben jetzt aber in einem Dauerkonflikt mit dem Entwicklungshilfeministerium. Ein Beispiel aus dem Bericht: *„An einer mit international anerkannten Experten besetzten Tagung zu Nicaragua und El Salvador, die Medico, Terres des Hommes. EIRENE und die Christliche Initiative El Salvador im Januar 1985 in Köln durchführten, nahm trotz mehrfacher Einladung kein Vertreter des Ministeriums teil. Begründung von Minister Warnke: Er habe sich schon mindestens hundertmal zum Thema geäußert und dem nichts mehr hinzuzufügen.*

Weiter berichtet die Untersuchung, daß Anträge von Organisationen, die der Bonner Haltung kritisch gegenüberstehen, systematisch verzögert werden. Es gibt schon Anträge, die seit einem Jahr und länger nicht bearbeitet worden sind. Normalerweise dauert soetwas zwei bis vier Monate. Alles, was Nicaragua betrifft, wird seit 1983 als Ministervorlage behandelt. Und weiter gilt: für Projekte, die in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen in Nicaragua durchgeführt werden, gibt es generell keine Zuschüsse mehr.

Daß diese Organisationen trotz dieser Schwierigkeiten ihre Arbeit nach Kräften verstärken, ist eine bemerkenswerte Tatsache. **Darüber hinaus ist noch von Interesse, daß fast ausnahmslos von diesen international tätigen Organisationen betont wird, daß Nicaragua bessere Bedingungen für eine sinnvolle entwicklungspolitische Zusammenarbeit biete, als die meisten Staaten der dritten Welt.**

Zwei interessante — ebenfalls „nichtstaatliche" Organisationen haben ebenfalls ihr Engagement in Nicaragua verändert. Die Autoren der Studie berichten über die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung: *„Von den politischen Stiftungen hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Nicaragua nach anfänglich starker Unterstützung schon 1981 ihre Hilfe um rund zwei Drittel ihres Etats reduziert, da es bis dahin nicht gelungen war, die politisch-materielle Unterstützung in konkreten Einfluß auf die Politik der Sandinisten umzusetzen.*

Und weiter über die Friedrich-Naumann-Stiftung: *„Der Rückzug der FES verlief parallel zur Politik der Bundesregierung (damals SPD/FDP, RM). Die Friedrich-Naumann-Stiftung dagegen hat (FNS) in der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) einen natürlichen Ansprechpartner in Nicaragua, der zudem in Opposition zur regierenden FSLN steht. Der Etat der liberalen FNS für die Arbeit in Nicaragua ist rund doppelt so hoch, wie der der sozialdemokratischen FES, dies, obwohl die Naumann-Stiftung nur einen Jahresetat von rund 33 Millionen Mark gegenüber 66 Millionen Mark der FES für ihre weltweiten Aktivitäten zur Verfügung hat.*

Positiv werden in dem Bericht die Aktivitäten der breiten Solidaritätsbewegung dargestellt. Diese Bewegung, verankert in Kirchengemeinden, der Gewerkschaftsbasis und Jugendverbänden besteht auch aus eigens für bestimmte Projekte gegründeten Unterstützungsvereinen und vielen Komitees. Sie alle versuchen auch, den verzerrenden Darstellungen in den Medien durch Öffentlichkeitsarbeit entgegenzuwirken. Neben konkreter Hilfe ist die politische Solidarität mit der nicaraguanischen Revolution ein wichtiger Faktor dieser Bewegung. Die bekanntesten Beispiele der Arbeit sind die seit 1983 kontinuierlich in Nicaragua arbeitenden Ernte- Bau- und Medizinerbrigaden aus Westdeutschland und Westberlin.

Genaue Zahlen über die Spenden aus dieser Solidaritätsbewegung gibt es nicht. Aber allein das Informationsbüro Nicaragua, das sich als Koordinierungsstelle der Bewegung versteht, hat seit 1981 sechs Millionen Mark für Projekte oder zur freien Verfügung der FSLN überwiesen!

Zum Schluß zitieren wir den ersten Punkt des Fazits der Untersuchung, daß die hauptsächliche Entwicklungslinie der Beziehungen zwischen Nicaragua und der BRD nachzeichnet. (Unterstreichungen von uns, RM):

*1. Nicaragua ist **kein Fallbeispiel für die Wende in der Entwicklungspolitik nach dem Regierungswechsel in Bonn. Schon die SPD/FDP-Regierung ging seit 1981 auf Distanz zu den Sandinisten, schon unter der SPD-geführten Regierung kam der Fluß der Gelder nach Nicaragua ins Stocken.** Die Möglichkeiten der SPD als Regierungspartei wurden nicht genutzt, die notwendigen Regierungsverhandlungen zur Abwicklung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit nicht in die Wege geleitet.*

*Die Haltung der Bonner Parteien gegenüber Nicaragua ist, wenn auch unterschiedlich stark, geprägt von der Unterordnung entwicklungspolitischer Grundsätze unter außen- und bündnispolitische Leitlinien. **Somit markiert der Amtsantritt Ronald Reagans 1981 in viel stärkerem Maße den Zeitpunkt der Wende in der Politik der Bundesregierungen gegenüber Nicaragua als der Regierungswechsel in Bonn ein Jahr später.***

Meldungen

Terror beim Rückzug

Seit dem 16. Februar, als die erste Stufe des Teilrückzuges der israelischen Truppen aus dem Libanon abgeschlossen wurde, sind im Rahmen der Politik der „Eisernen Faust", wie die Israelis es nennen, mindestens 75 Menschen getötet worden. Die Aktionen der „Eisernen Faust" sind Terrorakte an der vor allem schiitischen Bevölkerung der vormals besetzten Gebiete, die eingeschüchtert und davon abgehalten werden sollen, weiter gegen die israelischen Besatzer zu kämpfen.

Am vergangenen Freitag haben die israelischen Truppen wieder einen Ausfall in ein südlibanesisches Schiitendorf gemacht. In Klaile wurden etwa 300 Einwohner des Dorfes zum Verhör in eine Schule geholt, unter „ungeklärten Umständen", so ein UN-Beobachter, sei ein Dorfbewohner getötet, ein anderer schwer verwundet worden.

Schon einen Tag vorher, am Donnerstag vergangener Woche, haben die israelischen Truppen mit starker Panzerunterstützung einen Vorstoß über das besetzte Gebiet hinaus unternommen. In der Gegend von Ankun starben nach libanesischen Angaben dabei 30 Menschen, 68 wurden verwundet.

Unter den Toten sind auch zwei libanesische Mitarbeiter der US-Fernsehgesellschaft CBS, die den Einsatz der israelischen Truppen filmen wollten.

Demonstrationen und Streiks

Kurz vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Peru ist die Regierung des Präsidenten Fernando Belaúnde unter großen Druck geraten. Die enorme Auslandsverschuldung und eine galoppierende Inflation führen immer wieder zu Streiks und Demonstrationen.

Seit mehr als zwei Wochen streiken jetzt die Angehörigen des öffentlichen Dienstes. 400 000 Menschen fordern Lohn- und Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 100 Prozent als Teilausgleich für die galoppierende Inflation von immerhin 230 Prozent. Die Regierung hat aber Aufbesserung von nur maximal 40 Prozent angeboten. Jetzt hat die peruanische Luftwaffe in der vergangenen Woche sämtliche Flughäfen des Landes besetzt und kontrolliert die Zivilluftfahrt, nachdem ein streikender Flughafenbediensteter während einer Demonstration bei Zusammenstößen mit der Polizei ums Leben gekommen war.

Zwei Wochen Generalstreik

Zuspitzung in Bolivien

In der vergangenen Woche berichtete der Rote Morgen über die wirtschaftlichen Ursachen des Generalstreiks in Bolivien, der jetzt schon zwei Wochen dauert. Eine mittlerweile auf 3400 Prozent geschätzte Inflationsrate macht den desolaten Zustand der Wirtschaft deutlich. Die, die es trifft, die Arbeiter des Landes, sind einem Aufruf des mächtigen Gewerkschaftszusammenschlusses COB (Central Obrera Boliviana) gefolgt und in den Generalstreik getreten.

Nachdem die kampfstarken Bergleute aus den Minen des Landes sich voll hinter den Streikaufruf gestellt haben und mit Dynamitgetöse ankündigten, daß sie kompromißlos für ihre Forderungen eintreten wollen, hat die bolivianische Regierung unter dem Präsident Siles Zuazo das Mittel angewandt, daß die Arbeiter von den früheren Diktaturen kennen: Militär zog auf. Der Verteidigungsminister Boliviens gab den Befehl an Einheiten der Armee und Luftwaffe, einen Ring um die Hauptstadt zu ziehen, um die Bergleute von auswärts daran zu hindern, sich ihren Kollegen in der Stadt bei Demonstrationen und Verkehrsblockaden anzuschließen. Der Präsident Siles Zuazo, der sich demnächst Neuwahlen zu stellen hatte, drohte den Arbeitern, *„die Geduld der Regierung"* hätte ihre Grenzen.

Unterdessen geht die Diskussion innerhalb des Gewerkschaftsverbandes COB weiter. Nachdem der COB-Vorstand in der vergangenen Woche ein Angebot zu einem Dialog gemacht hatte, reagierte die Regierung zunächst aber nicht. Auf einer weiteren COB-Sitzung am Donnerstag wurden dann härtere Töne laut. Ein Antrag der Eisenbahner und Erdölarbeiter, mit der Regierung nur noch über eine 100prozentige Anrechnung des Inflationsausgleiches auf den Basislohn zu verhandeln, wurde abgelehnt.

Die Mehrheit ist, wie es ein Minero, ein Bergarbeiter ausdrückt, nicht bereit, *„eine Demütigung durch die Regierung hinzunehmen."* Die Äußerung des Präsidenten, der Streik sei *„illegal"*, weckte Erinnerungen an die noch gar nicht so ferne Vergangenheit der Militärdiktaturen. So kommentierte ein Bergarbeiter auch die Lage in den Minengebieten, wo es wegen der Polizeipräsenz *„nicht anders als unter den früheren faschistischen Militärdiktaturen"* sei.

Nach letzten uns vorliegenden Meldungen, soll es jetzt doch noch eine Verhandlungsrunde mit der Regierung geben. **Sollte bei den Verhandlungen nichts herauskommen, so wurde dem Streikkomitee per Beschluß auferlegt, habe es den Zeitpunkt für den Beginn der Ausdehnung und Umwandlung des Generalstreiks in einen landesweiten Hungerstreik festzulegen.**

Letzte Meldung

In einer spannungsgeladenen Situation fanden am vergangenen Wochenende Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Regierung statt. Die Hauptstadt war von streikenden Bergarbeitern aus dem ganzen Land, ebenso wie von Militär und Polizei belagert. Nach dem Ergebnis — die Mindestlöhne in Bolivien sollen um 350 Prozent angehoben werden — ist der landesweite Generalstreik beendet worden. Die Auseinandersetzungen in Bolivien drehen sich jetzt um die Formierung der politischen Kräfte des Landes zu den Wahlen im Juli.

Kanakei / Neukaledonien

Gegen den Kolonialismus Frankreichs

Zusammen mit der nebenstehenden Erklärung des Pariser Komitees der Kanakischen Sozialistischen Befreiungsfront (FLNKS) erreichte uns eine Pressemitteilung der Regierung der Kanakay, die sich mit der französischen Kolonialmacht auf der Pazifikinsel Neukaledonien, wie sie die Franzosen genannt haben, befaßt.

Das Pressekommunique teilt mit, daß seit dem 4. März 93 Gefangene auf der Insel im Hungerstreik sind. Ihre Forderung ist die Anerkennung als politische Gefangene. In dem von Regierungssprecher der kanakischen Regierung, Yeiwene YEIWENE unterzeichneten Dokument, wird dem „Statthalter" Frankreichs auf der Insel Pisani Untätigkeit seit dem 12.2.85 vorgeworfen. *„Die französische Regierung zaudert,"* heißt es in der Erklärung, *„wenn sie handelt, dann nur gegen die FLNKS: während die Teilnehmer am Trauerzug für Machoro (ermordeter FLNKS-Führer — RM) festgenommen werden (ohne Anklage), sind Verbrecher, die bewaffnet Straßenbarrikaden errichteten, weiter auf freiem Fuß, obwohl man sie kennt."* Die Regierung der Kanakay zählt noch mehr Beispiele für die Haltung der französischen Kolonialherren auf, bevor sie gegen den Terror der französischen Armee und der militanten französischen Siedler, die der rechten „Nationalen Front" angehören, fordert: **Status eines politischen Gefangenen für die Kämpfer der FLNKS, sofortige Freilassung aller, die ohne Anklage festgehalten werden und Beendigung der willkürlichen Massenverhaftungen und der Razzien.**

Die Regierung der Kanakay fordert amnesty international, die Kirchen und alle linken Abgeordneten in Frankreich und im Europaparlament auf, eine Untersuchungskommission zu entsenden.

Schluß mit der kolonialen Unterdrückung!

Heute versucht der französische Imperialismus über den Pisani-Plan seine Interessen zu verteidigen und zugleich die der kolonialen Bourgeoisie — der Grund: die Radikalisierung des Kampfes des kanakischen Volkes.

Die FLNKS verschließt sich dem Dialog über Pisanis Vorschläge nicht, aber sie wird sich nicht durch Dinge wie die Losung „Unabhängigkeit und Assoziierung" täuschen lassen, die die Interessen des französischen Imperialismus und seiner örtlichen objektiven Verbündeten nicht antastet.

In der Tat beweisen die Ereignisse von Thio klar, was die Kräfte der Unabhängigkeit seit langem anprangerten: den Zusammenhang zwischen den Kräften der kolonialen Unterdrückung und denen der extremen Rechten. Dieses sogenannte Picknick von den Rechtsextremen organisiert, war eine bloße Provokation der Kanaken in deren Dörfern. Die Ordnungskräfte, die den Befehl erhalten hatten, nur Einwohner von Thio passieren zu lassen, haben dies mißachtet und sich mit den Rechten verbündet.

Die Beleidigung von Thio reiht sich ein in eine lange Serie von Übergriffen der Ordnungskräfte gegen die 15 Stämme der Kanaken. Die Morde von Hienghene durch die Rechtsextremen, von Eloi Machoro, von Marcel Nonaro durch die GIGN, die Verwundeten von Thio — sie alle zeigen, daß die örtliche Rechte keine „Verhandlungslösung" will. Sie sind Teil einer anwachsenden Gewaltwelle gegen die Kräfte der Unabhängigkeit, sie zeigen die Absicht einer rassistischen Kampagne, die die Kanaken als Rebellen und Verbrecher darstellen will.

In Anbetracht der Radikalisierung der Rechten, der örtlichen Rechtsradikalen und der Untätigkeit der sozialistischen Regierung ist die FLNKS mehr denn je entschlossen, mit ihren eigenen Mitteln für die völlige Unabhängigkeit der Kanakei zu kämpfen.

Sofortiger Abzug der französischen Truppen! Ausweisung der Aktivisten der Nationalen Front! Es lebe die unabhängige sozialistische Kanakei! Der Kampf geht weiter!

Das Pariser Komitee der FLNKS

Südafrika / Azania

Erneut 18 Todesschüsse

In Südafrika sind in der letzten Woche erneut 18 Menschen einem brutalen Polizeieinsatz zum Opfer gefallen. Ein Trauerzug von über 3000 Schwarzen unweit der Stadt Uitenhage wurde am Jahrestag des Massakers von Sharpeville von Polizisten in gepanzerten Fahrzeugen „aus Notwehr" angegriffen. 18 Menschen starben, darunter drei Frauen und drei Kinder, 36 Verletzte sind in einem zum Teil sehr kritischen Zustand.

Die Tageszeitung „Rand Mail" zitiert in der Berichterstattung über diesen Polizeiüberfall Augenzeugen, die *„keinerlei Provokation der Polizei durch die Menge"* bemerkten. *„Ein langer schwarzer Zug bewegte sich voran, alles schien friedlich"*, berichtete ein Mann. *„Dann herrschten Chaos und Schüsse, und die Leute schrieen"*, sagte eine Frau. Der Korrespondent des britischen Rundfunksenders BBC berichtete über Angaben von Augenzeugen, wonach die Polizei *„ohne Vorwarnung willkürlich in die Menge gefeuert und auf bereits Verwundete noch mehrmals gezielt habe"*.



Die schwarze Wohnsiedlung Crossroads bei Johannesburg — ein Zentrum des Widerstands

Dieser Polizeiüberfall hat überall auf der Welt Abscheu und Empörung hervorgerufen. Von den Regierungen der Staaten, die schon lange und intensiv das rassistische Regime in Pretoria unterstützten, mit Geldern, Waffen, intensivem Handel und internationaler Anerkennung, wurden auch einige Krokodilstränen vergossen, die Absicht, irgendeine Änderung der Politik gegenüber dem Apartheidsregime vorzunehmen, ist aber nicht bekanntgeworden. Im Gegenteil, US-Präsident Reagan schloß auf einer Pressekonferenz nach dem Massaker ausdrücklich eine Änderung der Politik aus.

Hintergrund der Mordaktion der Polizei in Südafrika war der Gedenktag des Massakers von Sharpville, das sich in der vergangenen Woche zum 25. Mal jährte.

Am 21. März 1960 hatte der „Pan African Congress" zu Protestaktionen gegen die Paßgesetze aufgerufen. Diese Gesetze, die es Männern nicht erlauben, sich ohne Arbeit in der Stadt aufzuhalten oder das Zusammenleben von Familien zu etwas Illegalem erklären, wenn der richtige Stempel im Paß fehlt, dienen vor allem der Einschränkung der Bewegungsfreiheit schwarzer Bürger Azanias und sind ein willkommener Anlaß der Behörden zur Kriminalisierung. Millionen von Schwarzen haben diese Gesetze Geld- oder Haftstragen eingebracht, jährlich gibt es rund 200 000 Verfahren wegen der Paßgesetze.

Zu den friedlichen Demonstrationen am 21. März 1960 kamen Zehntausende in verschiedenen Orten. In Sharpville, südlich von Johannesburg, wo 20 000 demonstrierten, kam es zu dem berüchtigten Polizeieinsatz. *„Ohne Befehl"*, wie es danach offiziell hieß, wurde das Feuer auf die Demonstranten eröffnet. Die Mehrzahl der 69 Todesopfer wurde von hinten erschossen, 178 Menschen wurden verletzt. In den Tagen darauf gab es Unruhen und Streiks im ganzen Land.

Die Regierung antwortete darauf am 1. April 1960 mit der Verhängung des Ausnahmezustands und verbot wenige Tage später die bis dahin gewaltfrei operierenden Widerstandsbewegungen *„Afrikanischer Nationalkongreß"* (ANC) und *„Panafrikanicher Kongreß"* (PAC).

ANC-Führer Nelson Mandela hatte kurz nach dem Massaker von Sharpville in Interviews gesagt: *„Wir haben unsere Lektion gelernt. Die Reaktion der Regierung beendet das Kapitel unseres gewaltfreien Widerstands."* Der Protest gegen die Apartheidspolitik wurde militanter. Danach verabschiedete die Regierung Südafrikas das berüchtigte „90-Tage-Gesetz", mit dem Verhaftete so lange festgehalten werden können, bis sie *„richtige Aussage"* machen. Aber weder dies Gesetz, noch der ausgedehnte Ausbau des „Sicherheitsapparates" haben dazu geführt, daß die schwarze Mehrheit die Rassistenherrschaft akzeptiert. Auch wenn viele der Führer des schwarzen Widerstands, wie Nelson Mandela, lebenslang eingekerkert sind, flammt die Rebellion immer wieder auf. So schreibt denn auch die regierungsfreundliche Zeitung „Citizen" in einem Leitartikel zu den Vorkommnissen der vergangenen Woche, die Schüsse seien zum Teil das Ergebnis von *„zunehmender Unbotmäßigkeit, Aufsässigkeit und Widergesetzlichkeit gegen die Autorität in Teilen des Landes."* Eine Bewegung, die hoffentlich bald die Rassistenherrschaft entscheidend erschüttert und stürzt. Eine Bewegung, der wir in der Bundesrepublik sehr helfen würden, wenn es auch hier Massenproteste gegen die Unterstützung Bonns und des westdeutschen Kapitals für das südafrikanische Regime gäbe.

CDU-Parteitag zum Thema Frauen

Arbeitsplatzgarantie ade!

Das Frauenspektakel der CDU, von der Kanzler Kohl gerne hätte, daß wir sie als „größte Volkspartei" unterstützen, statt sie als Unternehmerpartei zu bekämpfen, ist vorbei. Mit welchem Ergebnis?

CDU will Frauen gewinnen

Daß die CDU sich ernsthaft Gedanken macht, wie sie Frauen gewinnen kann, ist unbestritten. Vor allem die Wähleranalyse von Helga Wex, die nachwies, daß die CDU früher einmal durchweg 10 Prozent mehr Wählerinnen hatte als andere Parteien, heute aber bei den Frauen um 5 Prozent schlechter abschneidet, sorgte dafür, daß das Thema „Frauen" nicht nur bei den weiblichen, sondern auch bei den männlichen Delegierten auf erhebliches Interesse stieß. Schließlich fangen die Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1987 bereits an. Auf diesem Hintergrund blieb der Kampf um die „Pfründe", den Feministinnen prophezeit und CDU-Frauen befürchtet hatten, aus. Alle sechs Kandidatinnen für den CDU-Vorstand wurden gewählt und damit der Anteil der Frauen im CDU-Vorstand verdoppelt. Die Überlegung von Heiner Geißler, daß es für die CDU günstig ist, an einem Punkt, in dem alle Parteien und beispielsweise auch die Gewerkschaften, Defizite haben, einen Vergleich herauszufordern, betrachtete also offenbar auch die Mehrheit der Delegierten als klugen Schachzug.

Biologie oder Soziologie?

Schwieriger wurde es dann da, wo den Delegierten in den Leitsätzen des Bundesvorstandes der CDU ein inhaltlicher Preis abverlangt wurde. Nämlich die Aufgabe der biologisch begründeten unterschiedlichen Stellung von Mann und Frau in der Gesellschaft. Es war vor allem Norbert Blüm, der auf dem Parteitag vehement für seine Vorstellung von „Mütterlichkeit" und „Väterlichkeit" stritt. Mit dem Erfolg, daß in den Punkt 4 der Leitsätze, der sich ausdrücklich gegen die Festlegung von Frauen und Männern auf bestimmte Rollen ausgesprochen hatte, folgende Formulierung aufgenommen wurde: „Vater und Mutter sind nicht beliebig austauschbar. Die Tätigkeit und Aufgabe in der Familie und die Erziehung der Kinder sind unverzichtbar und von einem besonderen Wert." Womit ja wohl gesagt sein soll, daß — Partnerschaft hin, Partnerschaft her — Familienarbeit und Kindererziehung eben doch Sache der Frau sind.

Heiner Geißlers Strategie, die Werbung für die Familie zu trennen von der Festschreibung der Rolle der Frau auf Haushalt und Kinder, hat sich also auf diesem Parteitag nicht wirklich durchsetzen können. Der „altmodische" Konservatismus eines Norbert Blüm hat den Durchbruch des „modernen" Konservatismus eines Heiner Geißler verhindert. Jedenfalls diesmal noch.

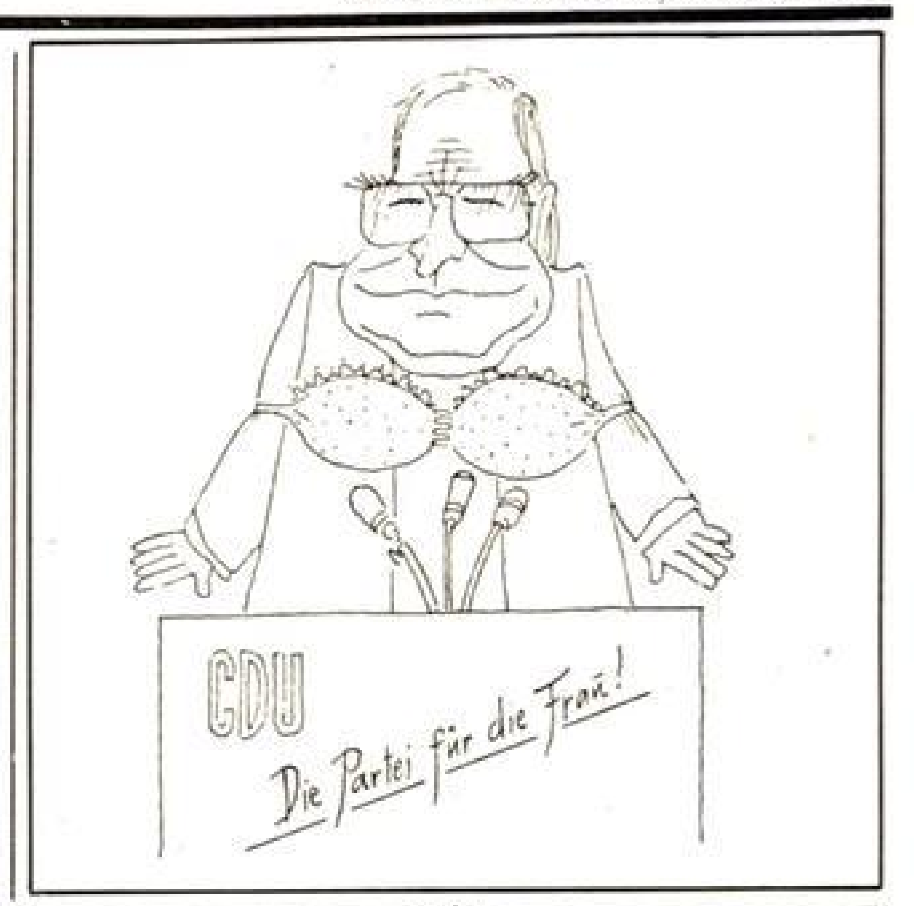
Arbeitsplatzgarantie ade

Am heftigsten gestritten wurde auf dem CDU-Parteitag aber dann über die Arbeitsplatzgarantie beim Erziehungsurlaub. In diesem Streit verliefen die Fronten zwischen dem „Modernisierer" Geißler und dem „Gewerkschafter" Blüm einerseits und den Unternehmern (bzw. ihren Frauen) andererseits. Für Blüm und Geißler ist klar, daß der Erziehungsurlaub berufstätige Frauen ausschließlich dann zum gewünschten Kinderkriegen und zum gewünschten Kreuz auf dem Wahlzettel bringen kann, wenn er mit einer Arbeitsplatzgarantie verbunden ist. Genauso sehen das im übrigen auch ihre Freunde von der CSU, die bereits im Februar '84 auf ihrem familienpolitischen Kongreß in München genau die gleiche Forderung erhoben. Blüm und Geißler sehen in ihrem Modell von Erziehungsurlaub und Arbeitsplatzgarantie außerdem die Möglichkeit, die Gewerkschaften in Punkto Zeitverträge in die Enge zu treiben — nach dem Motto: Wer für Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie ist, muß auch für Zeitverträge sein. Wer gegen Zeitverträge ist, ist ein Frauenfeind.

Aber die Unternehmer haben für diese ausgeklügelte Taktik bisher wenig Verständnis gezeigt. Sie wollen vor allen Dingen freie Hand bei Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau. Und dabei können sie eine Arbeitsplatzgarantie nach dem Erziehungsurlaub nicht gebrauchen. Deshalb interessiert sie auch Geißlers trickreiches Angebot mit den Zeitverträgen nicht im geringsten.

Der CDU-Parteitag hat zunächst einmal einen faulen Kompromiß beschlossen. Statt Arbeitsplatzgarantie für alle soll es die Möglichkeit zur Rückkehr in das alte Beschäftigungsverhältnis für Frauen (oder auch Männer) geben, die in Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten arbeiten. Was diese Beschäftigungsgarantie genau bedeuten soll, war auf dem Parteitag offenbar umstritten. Einige wollten sie so wohl entsprechend der geltenden Regelung für Wehrpflichtige. Andere wollten sie lediglich als Garantie für die Beschäftigung im alten Betrieb verstanden wissen — egal bei welcher Tätigkeit also und unter Umständen auch am Heimcomputer.

Aber auch mit dieser Beschäftigungsgarantie, was sie nun auch immer genau bedeuten mag, ist voraussichtlich das letzte Wort in Sachen Elternurlaub noch nicht gesprochen. Denn nicht nur mittelständische Unternehmervereinigungen, sondern auch der BDI sind nach wie vor dagegen. Und deshalb selbstverständlich auch die FDP. Gewerkschaften und Frauenbewegung wären deshalb gut beraten, den weiteren Weg, den der Gesetzentwurf für den Elternurlaub nimmt, sehr genau zu verfolgen. Denn einen Elternurlaub, der den Frauen für einige Tausend Mark ihr Recht auf Arbeit abkauft, darf es nicht geben!





Doppelverdiener raus?

Anfang März schrieb Baden-Württembergs Kultusminister Mayer-Vorfelder an alle Lehrerinnen und Lehrer im „Ländle". Er appellierte vor allem an Lehrerehepaare, sich für die Aufgabe der Berufstätigkeit oder wenigstens für die Teilzeitbeschäftigung eines Ehepartners zu entscheiden. Mayer-Vorfelder: die Öffentlichkeit habe wenig Verständnis dafür, daß zwei Ehepartner über zwei volle Einkommen verfügten und andererseits zahlreiche junge Menschen keine Arbeit hätten.

Einen ähnlichen Aufruf an die sogenannten Doppelverdiener im öffentlichen Dienst gab es im Juli '84 bereits von der bayrischen Staatsregierung.

Frauen gegen Frauen

Frauen sollen in der CDU mehr zu sagen haben, versprach Geißler. Ein Ergebnis: auf dem CDU-Parteitag in Essen mußten nicht die Männer, sondern durften Frauen als Ordnerinnen gegen Proteste in den hinteren Rängen vorgehen. Dort hatten nämlich Frauen vom Essener Frauenbündnis gerufen: „Heiner Geißler heißt er, uns Frauen bescheißt er" und Transparente mit Aufschriften entfaltet wie: „Keinen Pfennig, keine Frau für den Militärausbau" oder „Weg mit dem § 218". Die CDU-Frauen bewiesen, daß sie in der Tat nicht weniger können als die CDU-Männer und brachten den Protest zum Verstummen.

★ „Bild" ★★★ „Bild" ★★★ „Bild" ★★

„Dem Redaktör ist nichts zu schwör", sagt ein altes deutsches Sprichwort. Nichtsdestotrotz ist für manchen Redaktör manches doch ziemlich schwör. So ist z. B. für einen „Bild"-Zeitungsredakteur die Aufgabe, die Wörter „Partnerschaft von Mann und Frau" zu Papier zu bringen, eine echt fast übermenschliche Aufgabe.

Freitag, 22.3., der Tag nach dem Frauentag auf dem CDU-Parteitag. Keine Zeitung, die sich nicht auf der ersten Seite diesem Spektakel widmet. Keine — bis auf „Bild". Obwohl doch „Bild's" alter Chef Peter Boenisch mit im Parteitagspräsidium sitzt.

Einen Beitrag zum Thema gibt es aber doch. „Bild" an diesem Tag auf der ersten Seite: „Gesetz: Frau muß täglich warmes Essen machen". Der Text: „Auch in der Küche hat ein Mann gewisse Rechte! Das hat jetzt ein Monteur (35) aus Dortmund erfochten: Seine Frau muß ihm jeden Tag ein warmes Essen machen — und er darf ihr das Haushaltsgeld täglich zuteilen." Weiter geht es auf der letzten Seite, wo die erschütternde Geschichte besagten Monteurs aus Dortmund erzählt wird, für den es abends meistens noch nicht einmal eine warme Suppe gab: „Der müde Mann mußte sich eine Wurst von der Imbißbude holen!" Aber für die Unterdrückten gibt es noch eine Gerechtigkeit in dieser Welt. Der Mann darf, laut Redakteur H. Boddenberg, zu „erzieherischen Maßnahmen" greifen. Schlußkommentar von „Bild": „In der Küche herrscht wieder Ordnung."

Aber es gibt ja nicht nur „Bild". Es gibt ja auch noch „Bild der Frau", mit 1,5 Mio Auflage die verbreitetste Frauenzeitung in diesem unserem Lande. Eine solche Zeitung müßte sich doch eigentlich die Finger danach lecken, Heiner Geißler mal so richtig ins „Bild" zu setzen. Zumal die Wahlen in NRW vor der Tür stehen. Denkt man.

In der Ausgabe vomd 18.3. jedoch findet sich kein Wort über Erziehungsgeld und Partnerschaft von Mann und Frau. Dafür aber einer der geschmacklosesten und ekelhaftesten Artikel, die bisher gegen die Abtreibung geschrieben worden sind. Titel: „Das Kind, das keiner haben wollte — zweimal abgetrieben und doch geboren". Auch eine Woche später haben sich die „Bild-der-Frau"-Redakteure noch nicht überwinden können, den Frauen mitzuteilen, daß jetzt auch regierungstreue Bürgerinnen die Gleichberechtigung der Frau fordern dürfen.

Bei „Bild am Sonntag" allerdings hat's geklickt. Am 24.3. heißt es dort groß aufgemacht: „Kanzler Kohl hilft beim Spülen". „BamS" hat nicht nur mitgekriegt, daß CDU-Parteitag mit Schwerpunkt Frauen war, sondern dort extra rumgefragt: „Sind CDU-Minister Partner oder Paschas?"

Selbstverständlich sind sie keine Paschas! Kanzler Kohl hilft Hannelore in seiner Freizeit und gönnt sich selbst im Urlaub keine Ruhe. „BamS": „Auch im Urlaub stehen für ihn Geschirrspülen und Saubermachen auf dem Programm." Daß Heiner Geißler keine Rollenprobleme zu Hause kennt, ist logisch. Es kann deshalb auch nicht besonders überraschen, daß er seine Kinder, als sie noch klein waren, jeden Morgen in trockene Windeln legte.

Aber andere, die nicht so im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen wie Heiner, leisten fast noch mehr. Forschungsminister Heinz Riesenhuber zum Beispiel trägt den Hausmüll vor die Tür. Und: „Wenn ich nach Hause komme, bringe ich immer die vier Kinder ins Bett." (Für Frau Riesenhuber ist das sicher eine große Hilfe, ob die Kinder das aber auf die Dauer aushalten, so selten ins Bett zu gehen?)

Auch Postminister Schwarz-Schilling, über den immer so schlecht geredet wird, zeigt zu Hause, daß er im Grunde doch einen guten Kern hat. Christian gegenüber „BamS": „Ich decke den Tisch. Meine Frau macht die Brote. Manchmal räume ich auch die Spülmaschine ein." (Schwarz-Schillings scheinen übrigens nach dieser „BamS"-Umfrage die einzigen zu sein, die eine Spülmaschine zu Hause haben!)

Für manche Spitzenpolitiker der CDU ist Hausarbeit sogar ein echtes Bedürfnis. Sie brauchen sie zur Entspannung, wenn sie nach Hause kommen, wie andere Leute ein Bier. „BamS" über Berlins regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen: „Dann verrät Diepgen noch ein Geheimnis: ‚Wenn ich nervös nach Hause komme, wische ich Staub.'"

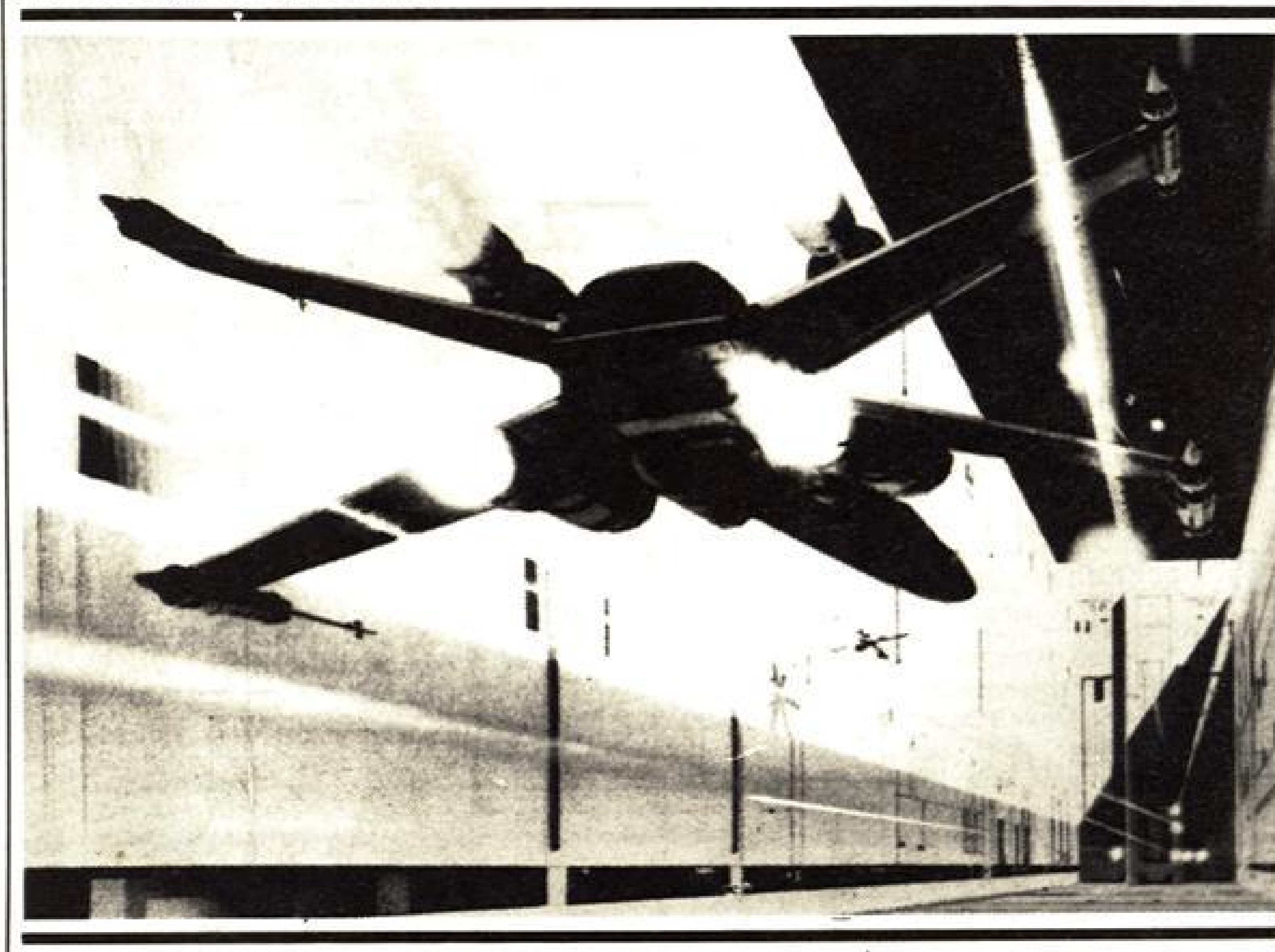
Und was ist mit einem Mann von altem Schrot und Korn wie Verteidigungsminister Wörner? Er gibt ein „mutiges Bekenntnis" („BamS") ab: „Für die Küche bin ich einfach zu ungeschickt. Aber mit der Gleichberechtigung habe ich keine Probleme. Was meine Frau eingekauft hat, darf (!) ich immer nach Hause tragen." Na bitte!

Und die Moral von der Geschicht'? Wenn es um Geld und Macht geht, ist alles möglich — sogar, daß „Bild" mit nassen Windeln in Männerhand für eine Regierung Reklame macht.

Lothar Späths Vorstoß für den „Krieg der Sterne"

„Ein Ritt über den Bodensee ..."

Mindestens so abenteuerlich wie der Ritt über den Bodensee ist der Vorstoß des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth für die Beteiligung am US-amerikanischen „strategic defense initiative" Programm (SDI, landläufig auch als „Krieg der Sterne" bekannt). Der Mann, dem die „Stuttgarter Zeitung" unlängst nachsagte, er regiere das Musterländle ohnehin nur noch nebenbei, profiliert sich erneut und schärfer als je zuvor als Hauptvertreter des technokratischen Modernisierungsflügels in der CDU. In einem vierspaltigen Artikel im „Spiegel" 11/85 veröffentlichte er seine Erkenntnisse einer Amerikareise.



Militärische Bedeutung — nebensächlich?

Was an Späths Artikel am meisten auffällt, ist die Anstrengung, mit der er sich müht, gerade die militärische Bedeutung der SDI herabzuspielen.

„..., so ist die langfristige Bedeutung von SDI gar nicht so sehr im militärischen, sondern im wesentlichen im nichtmilitärischen Zusammenhang zu suchen: Die Initiative Präsident Reagans stellt die bislang umfangreichste und konsequenteste forschungspolitische Folgerung des Westens aus der Tatsache dar, daß moderne zivile und militärische Produkte auf weitgehend identischen Basistechnologien beruhen."

Dies ist denn auch, nachdem er eingangs kurz schilderte, wie der „sicherheitspolitische Nutzen" der SDI-Forschung auch von ihren Urhebern in Frage gestellt wird, bereits alles, was zur militärischen Bedeutung von SDI gesagt wird.

Die Tatsache, daß es sich um eine neue Stufe von Aufrüstung handelt, wird zwar noch eben erwähnt, aber in jeder Weise aus der Betrachtung ausgeklammert. Ein ebenso ungeheuerlicher wie demagogischer Trick, um die gesamte Auseinandersetzung auf die Ebene einer Debatte um Forschungspolitik reduzieren zu können.

So einfach sollte man Späth nicht aus der Verantwortung entlassen. Völlig unabhängig davon, ob seine These vom wesensmäßigen Zusammenhang aller Forschung — wie weit auch immer — zutrifft, handelt es sich bei dem SDI-Programm tatsächlich um das größte Aufrüstungsprogramm der Weltgeschichte, bzw. konkret um seine Vorbereitung. Späths Befürwortung dieses Weges muß bei der Auseinandersetzung um seine Thesen (von denen der „Spiegel"-Artikel nur eine veröffentlichte Zusammenfassung darstellt) gegen den Willen des Verfassers in den Vordergrund gerückt werden.

Der „sichere Schild", mit dem ein realisiertes SDI-Programm die USA versehen würde, wäre in der Tat ein weiterer, wesentlicher Schritt auf dem Weg zum „gewinnbaren Atomkrieg", den die Apologeten des US-Imperialismus, unter die sich auch Lothar Späth eingereiht hat, so sehr wünschen. Späths Versuch, dies als Nebensache darzustellen, ist ein unverschämter Trick, der dazu dienen soll, seine Mittäterschaft bei diesem Aufrüstungsprogramm zu überspielen.

Auch die Kostenfrage — nebensächlich?

Ebenso kurz wird in Späths Darstellung die Kostenfrage behandelt.

„Der Preis __ offiziell 26 Milliarden Dollar, tatsächlich aber wohl eher das Dreifache allein für die Forschungsphase — erscheint ihnen nicht zu hoch."

Unterstellt Späth also allein für die Forschungsarbeiten Kosten von rund 250 Milliarden DM, so ist auch klar, daß auch der von ihm geforderte „deutsche Anteil" auf jeden Fall so hoch liegen wird, daß selbst die Kosten der geplanten Runderneuerung der Bundeswehr dagegen verblassen werden. Mit anderen Worten: Was Späth so ganz nebenbei abhandelt, ist in Wirklichkeit die Forderung nach einer Politik, die noch stärker als bisher schon den Sozialabbau zugunsten der Aufrüstung betreibt.

„Sie konzipieren ein ambitioniertes Gundlagenforschungsprogramm ..., dessen ökonomische Triebfeder die Aussicht auf eine etwa fünfzigprozentige kommerzielle Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse ist."

Was Späth dabei zu erwähnen vergißt, ist die schlichte Tatsache, daß diejenigen, die die Kosten dieses Programms tragen und die, die auf Profit dabei hoffen, eben nicht dieselben Leute sind. Aber es geht ihm ja auch nicht um eine Darstellung der Sachlage, sondern darum, denjenigen Kreisen des Kapitals, die noch schwanken mögen, den Mund wässrig zu machen.

Das westdeutsche Großkapital seinerseits, auch dies erwähnt Späth aus gutem Grunde nicht, trifft seit längerem intensive Vorbereitungen auf dem Weg zu neuen Rüstungsufern — die verschiedenen Konzentrationsbestrebungen auf diesem Sektor sind davon deutlichster Ausdruck.

Und natürlich soll es auch in der BRD so sein, daß dieses „Forschungsprogramm" aus der Steuerkasse bezahlt wird und daß die kommerzielle Nutzung der Ergebnisse von den Konzernen betrieben werden wird. Die so oft geforderten angeblichen Investitionspotentiale — hier ist ein weites Feld, und es ist klar, daß das Kapital solche Profitchancen witternd zu restlos allem bereit ist.

Die deutsche Offensive einläuten?

Moderne Technik, so Späth, dürfe nicht dem pazifischen Raum, sprich den USA und Japan überlassen werden.

„Nur wenn aus dem Nachdenken ein Handlungskonsens wird, nur dann könnte auf die japanische und amerikanische eine europäische Offensive folgen."

Dieser abschließende Satz aus Späths Artikel, als solcher schon provozierend genug, spricht er doch im ganzen Text bis dahin nur über eine Beteiligung, wird vorher bereits genauer umrissen. Die Länder der EG mit der stärkeren Wirtschaft müßten notfalls auch alleine diesen Weg gehen, falls die anderen „EG-Partner" sich nicht dazu aufraffen könnten. Wen er damit meint, das wird in seinem Hinweis deutlich, daß die BRD mit ihren Großforschungszentren, ihrer industriellen und universitären Forschung ausgezeichnete Ansatzpunkte für diese Neuordnung europäischer Forschungspolitik habe.

Als Fakt bleibt also ein Plädoyer für eine Beteiligung der BRD an diesem Forschungsprogramm, ohne Rücksicht auf EG — und daß die Offensive, die er zum Schluß seines Beitrags so überraschend ins Spiel bringt, eine bundesdeutsche Offensive sein soll. Dieses Ziel ist es, für das ihm keine Kosten zu hoch sind und auch keine Verdrehung zu erbärmlich ist.

Späth profiliert sich damit erneut auch innerhalb seiner eigenen Partei — gegen das „Zaudern" Bonner Regierungsmitglieder, das er auch schon öffentlich kritisierte — als Technokrat. Technokrat im sozusagen klassischen Sinne, dem es — anscheinend — nur um Forschung und Technik geht, der alle gesellschaftlichen Umstände mißachtet, nicht zur Kenntnis nimmt. Alles was ihn interessiert, ist eine „moderne, wettbewerbsfähige" Wirtschaft, und zu der kann man, laut Späth, eben nur auf dem Weg der Beteiligung an diesem neuen Forschungsprogramm der Kriegswissenschaft kommen. Platter gesagt: Alles, was ihn interessiert, ist der Profit des Kapitals, der daraus entstehen soll.

Unterschiedliche Forschungsrichtung?

Die ausführliche Darstellung der Probleme moderner kapitalistischer Forschungspolitik — im Prinzip der einzige Punkt, den Spätz nicht beiseite läßt, sondern zu dem er ausführlich argumentiert — dient bei seinem Artikel natürlich auch dazu, positive Reaktionen in der Öffentlichkeit hervorzurufen. Wer mag schon gegen eine moderne Forschung, gegen die Entwicklung der Wissenschaft auftreten?

Also verschiebt Späth, wie gezeigt, das Problem von der sozialen und gesellschaftspolitischen Sphäre hin zu einer Debatte über Forschung und ihre Zukunft. Das ist, wie gesagt, die Hauptmethode, um von seinem Standpunkt aus unerwünschten Debatten aus dem Weg zu gehen. Aber mit seiner Argumentation über die Frage, wie Forschung aussehen soll, ist der Mann, der oft verschnell — abqualifizierend — als „Cleverle" bezeichnet wurde, nur sorgsamer, nicht aber ehrlicher als in den angeführten Punkten.

Die Basistechnologie sei nun einmal dieselbe heutzutage, egal, ob es sich um zivile oder militärische Produkte handele. Deshalb sei, so die Schlußfolgerung, militärische Forschung eben der Weg, überhaupt moderne Forschung zu betreiben, ein Abkoppeln gleichbedeutend mit dem Niedergang.

Gegen diese Argumentation sprechen nun eine Reihe von Tatsachen, die Späth in seinen Ausführungen, auch im „Spiegel"-Artikel in der Regel verschweigt.

1. Späth tut so, als wäre dieser Zusammenhang heute eine absolute Neuheit, die es jetzt erst „erforderlich" mache, die Militärforschung als Leitlinie jeglicher Forschung anzuerkennen. Tatsache ist, daß eine solche Politik schon lange Jahrzehnte Praxis der imperialistischen Staaten ist, daß es auch schon früher so war. Tatsache ist auch die Banalität, daß die modernste Technik sich stets in allen Bereichen auf dieselben neuen Erkenntnisse stützte. Das ist sein Hilfsargument für die besondere Dringlichkeit dieses Vorgehens, verglichen mit der bisherigen Entwicklung stimmt es aber einfach nicht. Bestenfalls ist der Zusammenhang noch enger.

2. Späth stellt sich in die militärische Tradition, die schon immer die „zivilen Abfallprodukte" der Kriegsforschung demagogisch hervorhob, um eine Legitimation für ihr Tun zu erreichen. Daß aus den großen Raumfahrtprojekten die Teflonpfanne geboren wurde, klingt heute wie ein Witz, war aber einst eine ernsthafte Argumentation gerade der Vertreter der militärischen Raumfahrt. Ein Beweis für die Notwendigkeit von Militärforschung waren solche Thesen noch nie.

3. Späth klammert den einzigen echten alternativen Denkansatz aus, nämlich die Überlegung, moderne Forschung zielgerichtet auf zivile Produktion anzulegen. Späths Behauptung, moderne Werkstoffe könnten nur aus dieser Art Kriegsforschung hervorgehen, ist einfach nichts anderes als eben dies: Eine Behauptung ohne Beweis. Der auch nicht zu führen ist. Natürlich gäbe es genügend zivile Forschungsaufgaben, die mit einem solch gewaltigen Kostenaufwand zu lösen wären, die nur den Nachteil haben, nicht so profitabel zu sein wie die Kriegsforschung. So wie es in der Vergangenheit und heute immer wieder Forschungen (oder die Verwertung ihrer Ergebnisse) gab, deren Durchführung aus Profitinteresse verhindert wurden, so soll es auch bei Späths Plänen sein.

4. Späth vertritt mit seinen Ausführungen ein Forschungskonzept, das mit noch viel größerer Ausschließlichkeit auf die Interessen der kapitalistischen Konzerne ausgerichtet ist als die heutige Gegenreform im Bildungswesen, die ja auch bereits darauf abzielt, diese Interessen noch mehr und direkter als bisher zur Geltung zu bringen. Was er da so anscheinend sachbezogen und kühl erläutert, ist in Wirklichkeit ein ganzes politisches Programm. Dabei sei dahingestellt, ob er ernsthaft meint, eine Offensive des bundesdeutschen Kapitals gegen Japan und die USA tatsächlich erfolgreich organisieren zu können, oder ob er diese Offensive nur als gegen die anderen Staaten der EG gerichtet betrachtet.

Späths Programm, das er unter der Fahne der Notwendigkeit moderner Forschung präsentiert, beinhaltet erstens einen gewaltigen Schritt zu weiterer Aufrüstung, zweitens eine unerläßlich schärfere sozialreaktionäre Politik, drittens einen qualitativen Schritt in der weiteren Militarisierung der Forschung, der verbunden ist mit einer noch weitergehenden Gegenreform im Universitätsbereich.

Daß gerade er als Ministerpräsident von Baden-Württemberg diese Position auch in der innerparteilichen Auseinandersetzung so eindeutig vertritt, kommt nicht von ungefähr. Es ist logische Konsequenz seiner bisherigen Politik der Förderung der modernen Industrien, die Baden-Württember nach Bayern zu einem Zentrum von Rüstungsforschung und -industrie gemacht hat.

Wenn Späth in seinem Artikel die Frage stellt, ob die Europäer denn wissen, was sie riskieren, wenn sie sich nicht an SDI beteiligen, so sollte man ihm entgegenhalten, daß dafür zu sorgen sei, daß die Westdeutschen wissen, was sie riskieren, wenn sie Späths Pläne unterstützen: Kopf und Kragen.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Lese

Klare Aussagen

Liebe Freunde und Genossen!
Wenn man sich die RM-Leserbriefe der letzten Monate als Parteiloser etwas genauer durchliest, stellt sich bestimmt nicht nur mir des öfteren die Frage: „Wissen einige Kommunisten (Marxisten-Leninisten) überhaupt, was sie wollen?"

Ich erinnere einmal an die Worte Ernst Thälmanns aus dem Jahre 1925: „(...) aber wie sollen die Massen reagieren, wenn sie sehen, daß in einer Partei solche Strömungen vorhanden sind, wo die straffste Disziplin herrschen sollte? Innerhalb der Partei können solche Differenzen ausgetragen, aber nicht in der Öffentlichkeit." (E. Thälmann, Reden und Aufsätze 1, S. 39, Frankfurt a. M. 1972)

Was bedeutet das? Als Kommunist muß man wissen, welche Aufgaben und Ziele a) die kommunistische Partei, b) das Presseorgan der Partei RM und c) die Leserbriefseite im allgemeinen haben.

Die Aufgaben und Ziele sowie das Programm der Partei werden auf den Parteitagen festgelegt. Jeder Genosse hat die Pflicht, gemäß dem demokratischen Zentralismus sich der Parteidisziplin unterzuordnen.

Das bedeutet auf die Stalin-Frage umgemünzt: Wir müssen die Lehren und den Klassenkampf Stalins in der Öffentlichkeit verteidigen und propagieren, selbst wenn einige Genossen nicht damit einverstanden sind. Innerhalb der Partei soll man diskutieren, debattieren, **Schulungen abhalten usw. Die Beschlüsse** der Parteitage sind für alle bindend oder man muß als Genosse bzw. Genossin die Partei verlassen.

Was für die Stalin-Frage gilt, gilt auch für andere Fragen wie z. B. Trotzkismus, Mao-Tse-Tung-Ideen, Verstaatlichung, Vergesellschaftung, moderner Revisionismus usw. Überspitzt bedeutet dies, die Leserbriefe können keine Parteitage ersetzen.

Der „Rote Morgen" braucht nach außen hin (Öffentlichkeit) klare Aussagen, damit die Massen es verstehen.

Ich finde, daß es hinsichtlich der Leserbriefe für die Genossinnen und Genossen bestimmt kräfteaufzehrend ist, jeden Brief zu veröffentlichen und zu beantworten. Man kann die wichtigsten Punkte wie z. B. für oder gegen Stalin innerhalb eine Zeitraumes von ca. ein bis zwei Monaten zusammenfassen und veröffentlichen.

Abschließend möchte ich bemerken, daß ich Stalin seit fast 20 Jahren verteidige auch innerhalb der K-Gruppen und natürlich mehr außerhalb (DKP, SPD usw.) Viele sogenannte Kritikpunkte, die z. B. der Leser oder Genosse H. Dubinsky geäußert hat, sind ein alter Hut. Ich werde in den nächsten Briefen darauf näher eingehen.

M. D., Braunschweig

Vorsicht bei der Polemik

Die Briefe dieser Seite werden zunehmend länger und zahlreicher. Offenbar fehlt es an Möglichkeiten, der **organisierten** ideologischen Auseinandersetzung, an den Fähigkeiten, der gezielten Debatte zur Vereinheitlichung der Anschauungen auf der Basis des Marxismus.

Die Polemik zwischen einzelnen Genossen wird leider immer verbissener und unsolidarischer. Es hat keinen Sinn, sich gegenseitig vorzuwerfen, die Massen nicht begeistert zu haben. Mit einigen sarkastischen Bemerkungen aus einem Sektor irgendwo hinter dem Ofen oder dem Sofa hervor wird in der RM-Leserbriefspalte nur die gekränkte Eitelkeit und bornierte Überheblichkeit offenbar. Man sollte nicht so grundlegende Dinge vergessen wie z. B.: „Die herrschenden Verhältnisse sind die Verhältnisse der Herrschenden". Trotz aller Rotstift-Politik und Neuer Armut ist es dem Imperialismus gelungen, auch einen Großteil der Arbeiterklasse zufrieden zu stellen.

Geduld, Geduld also. Die Diskussion über die richtige Taktik (Forderung an die Regierung zurückzutreten /Wahlbeteiligung usw.) darf nicht zur Selbstzerfleischung führen. Hie Trotzkist, Revisionist — da Super-Stalinist und „ewiger Leninist", was soll das? Am Ende steht da nur die Spaltung oder der Ausschluß. Auch eine hektische Verbreitung von übereilten Einschätzungen, z. T. auf fehlender wissenschaftlicher Grundlage, ist der falsche Weg. Die Analyse der Geschichte soll doch der Zukunft dienen und nicht der Rechtfertigung der Vergangenheit.

Auf die Dauer wirken nur überzeugende Antworten und keine Beschimpfungen.

G. Pl., Köln

Mit dem Bad?

Anmerkungen zum Leserbrief von Lisa Engk, RM, 15.2.85

Die Genossin Lisa kritisiert in ihrem Leserbrief einen Beitrag des Gen. Koch zur Einheit der revolutionären Sozialisten als „eine völlig opportunistische Einengung der Aufgaben der sozialistischen Revolution und ein faules, prinzipienloses Zugeständnis an das trotzkistische Spektrum''. **Richtig** an ihrer Kritik ist dabei der Hinweis auf Ungenauigkeiten in der Beschreibung des Gen. Koch, die er über diejenigen Kräfte abgibt, die da vereinigt werden sollen. In der Tat müssen revolutionäre Sozialisten heute wesentlich genauer sagen, was sie wollen und was sie von anderen Strömungen unterscheidet.

Die Gefahr ist allerdings groß, das Kind mit dem Bade auszuschütten — bekanntermaßen ist der Weg zwischen Opportunismus und Sektierertum eine Gratwanderung. Und das bloße Geschimpfe auf „Trotzkisten", ohne zu sagen, wo denn nun die entscheidenden Differenzen liegen sollen (und hier meine ich Differenzen in bezug auf die Aufgaben der Revolutionäre, nicht ob Stalin oder Trotzki 1938 recht gehabt haben) — das ist Sektierertum.

Ich will mal einen Versuch machen, einen Weg zu beschreiben, der beide Gefahren vermeidet. Und das heißt: Prinzipien zu benennen, die die grundlegenden Voraussetzungen sind, jemanden als revolutionären Sozialisten anzuerkennen oder nicht.

Als Revolutionär will ich denjenigen betrachten, der in Theorie und Praxis Folgendes anerkennt:

1. Die Lösung aller wesentlichen Probleme der Menschheit ist heute nur zu verwirklichen durch den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und die Errichtung einer Gesellschaft, die ihre Produktion nicht nach dem Profit, sondern nach den menschlichen Bedürfnissen einrichtet, gelenkt durch einen zentralen, demokratisch zustandegekommenen Plan.

2. Träger dieses Prozesses (das „historische Subjekt") ist die Arbeiterklasse.

3. Dazu gehört die entschlossene Verteidigung der Klassenunabhängigkeit gegen alle Formen der Klassenabhängigkeit und Klassenkollaboration.

4. Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist die Voraussetzung für die soziale Umwälzung. „Eroberung der politischen Macht" heißt: Revolutionäre Entwaffnung der Bourgeoisie, Zerschlagung ihres Staatsapparats, systematische Zurückweisung aller Illusionen über ein „friedliches Hinüberwachsen" oder ähnliches.

5. Dazu ist notwendig der Aufbau einer revolutionären Partei, die die Arbeiterklasse führt. Diese Partei hat eine Partei von Kadern zu sein, die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus funktioniert.

6. Die Frage nach der sozialistischen Revolution ist eine **aktuelle** Frage, d. H.: Alle heute stattfindenden Klassenkämpfe sind auf geeignete Weise mit diesem Ziel zu verknüpfen. „An Stelle des Minimalprogramms der Reformisten und Zentristen setzt die Kommunistische Internationale den Kampf um die konkreten Bedürfnisse des Proletariats, um ein System von Forderungen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen, das Proletariat organisieren, Etappen im Kampf um die proletarische Diktatur bilden und deren jede für sich dem Bedürfnis der breitesten Massen Ausdruck verleiht, auch wenn diese Massen noch nicht bewußt auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen." (Thesen über die Taktik aus: Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der KI, Hamburg 1921, S. 47)

Diese Thesen mögen in dieser Form noch unvollständig sein, dürfen jedoch recht zuverlässige Kriterien zur Unterscheidung von Revolutionären und Reformisten bieten. Ich kann mich jedenfalls (und das als Trotzkist) auf diese Prinzipien berufen. Das dürfte einem Sozialdemokraten, einem DKP'ler oder auch einem Anarchisten schwerfallen. Dabei ist ein Streit um diese Prinzipien kein akademischer, sondern hat entscheidende **praktische** Konsequenzen. Deshalb zöge ich eine Debatte darüber jeder historischen Diskussion vor. Ich bin gespannt, ob es jetzt darüber hinaus noch Prinzipienfragen gibt, die uns grundsätzlich trennen. Ich halte eher dafür, daß wir bei allen möglichen Differenzen in taktischen Fragen auf der gleichen Seite der Barrikade stehen.

Mit schönen roten Grüßen
Axel, Hamburg

Herr K. und einige Fragen

Herr K. traf eines Tages nach getaner Arbeit seine Bekannten Herrn C. und Herrn P. Diese standen mitten in der Fußgängerzone und redeten aufeinander ein. Herr K. erkannte sofort, daß es sich um ein politisches Gespräch handeln müsse und konnte es nicht lassen, sich einzumischen.

Trotz daß Herr K. sich in Fragen sozialistischer Politik für durchaus bewandert hielt, verstand er weder viel von dem, was Herr C. lautstark von sich gab, noch irgendetwas von Herrn P.s Aussagen. Beide hatten offensichtlich irgendeinen Artikel in irgendeiner Zeitung gelesen, welche irgendwelche, offensichtlich neuen Aussagen verbreiten sollten.

Herr P. meinte, einen Artikel so unter Niveau hätte er noch nirgends gelesen, und der Genosse soundso wäre ja nun völlig in die XY-Fraktion abgeglitten. Währenddessen vertrat Herr C. den Standpunkt, es hätte sich mehr um einen Diskussionstext gehandelt, welcher die völlig private Meinung eines einzelnen veröffentlichte, die zudem gar nicht so falsch wäre.

Herr K. beförderte Stichworte aus der Realität, wie er zu sagen pflegt, in die Diskussion, dies hatte jedoch ebensowenig Erfolg, wie die Einwürfe des Herrn E., welcher immer wieder Herrn C. in seinen Abstraktionsversuchen unterbrach.

Herr K. und einige der mittlerweile lebhaft mitdiskutierenden Passanten versuchten zu ergründen, was denn der Kern der Auseinanderseztung sei. Herr K. versuchte die beiden Genossen zu beruhigen, und doch schien gerade diese gut gemeinte Geste unter all diesen Menschen mit offenen Ohren wie Adrenalin zu wirken.

Die Läden begannen zu schließen und nichts schien die Auseinandersetzung beenden zu können, bis Frau L., die in der Nachbarschaft wohnt, eine interessante Frage stellte. Herr C. und Herr P., beide völlig aus dem Konzept gebracht durch die Wahrnehmung, daß diese, ihnen völlig unbekannte Frau sich mit Fragen der praktischen Demokratie im Sozialismus beschäftigte, erklärten die Diskussion für beendet, nicht ohne Frau L. zuvor eine Kontaktadresse überreicht zu haben.

Frau L., so pflegt Herr K. heute zu sagen, wird sich diese Frage wohl selbst beantwortet haben. Allerdings, so sagt er heute, frage sich doch, welcherlei Fragen für uns schwerer zu beantworten seien: Prinzipienfragen oder Alltagsfragen.

M. S., Duisburg

Nachfrage

Liebe Genossen,
seit Wochen lese ich nun in dieser Rubrik Briefe, die riesige Schimpfkanonaden gegen den Gen. H.D. K. und seinen Artikel loslassen: „Hier würde Stalin angegriffen, revisionistische Entartung des ZK etc.", tönen die sogenannten „Stalinverteidiger". Aber, „liebe Stalinisten", entweder, ihr kennt euren Stalin nicht so recht (was ich jedoch kaum zu denken wage, denn ich bin sicher nicht so belesen wie ihr, außerdem hasse ich es an sich, mit Zitaten um mich zu werfen) oder aber ihr habt da so ein paar Kleinigkeiten überlesen. Oder hab' ich gar die falsche Stalinausgabe, denn ich finde da keinen Widerspruch. Greifen wir nur z. B. so eines von den heiklen Themen heraus.

Im RM 50/84 steht: „Die führende Rolle der Partei bezieht sich nicht auf die Führung des Staatsapparates, sie bezieht sich stets auf die Masse der Arbeiter, auf die Klasse." In seinem Artikel: „Zu den Fragen des Leninismus" (25. 1. 1926) in dem Buch „Grundlagen des Leninismus" (Dietz-Verlag 1951) schreibt Stalin folgende Zusammenfassung in Kap. 5 zu dieser Frage (S. 156):

„1. Lenin wendet das Wort **Diktatur** (St.) der Partei nicht im strengen Sinn dieses Wortes an (‚Staatsmacht, die sich auf die Gewalt stützt'), sondern im übertragenen Sinn, im Sinne der Führung;

2. Wer der Führerrolle der Partei die Diktatur des Proletariats gleichstellt, der entstellt Lenin, da er der Partei fälschlich Funktionen der Gewalt gegenüber der Arbeiterklasse als Ganzem zuschreibt;

3. Wer der Partei Funktionen der Gewalt gegenüber der Arbeiterklasse zuschreibt, die ihr nicht eigen sind, der verletzt die elementaren Forderungen nach richtigen Wechselbeziehungen zwischen Avantgarde und Klasse, zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen innerhalb der Arbeiterklasse."

Und ein paar Seiten davor heißt es (S. 151):
„Wir meinen also, um mit Lenin zu sprechen, ‚im großen und ganzen einen formal nichtkommunistischen, elastischen und verhältnismäßig umfassenden, überaus mächtigen proletarischen Apparat ... durch den ... die Diktatur der Klasse verwirklicht wird' (Lenin, A.W. 10, S. 82)"

H.D.K. schreibt dann in seinem Artikel weiter:

„Die politische, theoretische und organisatorische Kraft der Kommunisten muß auf die Entfaltung und Förderung der kämpferischen Aktivität der Arbeiterklasse gerichtet sein, darauf, daß die Arbeiterklasse in der Lage ist, sich als herrschende Klasse zu organisieren."

Daran schließt sich unmittelbar wieder die Fortsetzung des obigen Stalinschen Artikels an (S. 156/157)"

„Was bedeutet das? Das bedeutet erstens, daß die Partei für die Stimme **der Massen ein feines Ohr haben muß, daß sie sich dem revolutionären Instinkt der Massen gegenüber aufmerksam verhalten muß, daß sie die Praxis des Kampfes der Massen studieren muß, indem sie daran die Richtigkeit ihrer Politik prüft,** daß sie folglich nicht nur die Massen lehren, sondern auch von ihnen lernen muß. ..." usw. usf.

M.N., Peine

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Zentrale Aktionskonferenz-Tage der Arbeitslosenbewegung
In Arbeitsgruppen und Diskussionen werden drei Hauptthemen behandelt „Zukunft der Arbeit", „Existenzielle Absicherung von Erwerbslosen" und „Perspektiven der Arbeitslosenbewegung"
Alle arbeitslosen Genossen und Leser sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.
Datum: 10 - 12. Mai
Kontaktadresse: AG ZAKT
c/o Susan Naumann
Wartenau 9
2 Hamburg 76

Demonstration gegen Sozialabbau
Freitag, 29. März, 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz
Organisiert vom „Hamburger Aktionsbündnis gegen Sozialabbau und Kaputtsparpolitik"

KPD-Kolleg (inn)entreff
„Seit gestern arbeiten wir 38,5 Stunden"
Dienstag, 2. April, 19.30 Uhr
in den Räumen der Thälmann-Buchhandlung (Hauseingang)
Adresse: S. 14

Öffentlicher Schulungsabend der KPD
Donnerstag, 18. April, 19.30 Uhr
Thälmann-Buchhandlung (siehe oben)

HANNOVER

Wie weiter im antifaschistischen Kampf?
Eine Informations- und Diskussionsveranstaltung von GABL, Volksfront, Antifaschistischer Initiative, Antifa-Plenum Kornstraße, SAG.
Berichte und Filme ab18 Uhr, Prodiumsdiskussion ab 20 Uhr, anschließend Solidaritätsfete
Samstag, 30. März im Pavillon

Demonstration
Samstag, 20. April
Zum Messegelände —
gegen die Präsentation der Türkei auf der Hannovermesse

Veranstaltung
Diskussion über die Beziehung BRD — Türkei — NATO
Freitag, 19. April, 20 Uhr
Pavillon

DORTMUND

Gemeinsame Veranstaltung von KPD und KJD mit Vertretern der sandinistischen Jugend Nicaraguas
Sonntag, 21. April, 15 Uhr
Gaststätte „Zeppelin", Am Nordmarkt
Vier Vertreter der sandinistischen Jugend informieren über die aktuelle Lage in Nicaragua; Diskussion, Kulturprogramm, Film, Spendensammlung, Gastbeiträge

WOLFSWELT

Mit einem Buch die Arbeitskollegen zum Schmunzeln, vielleicht auch zum Nachdenken über die eigene Situation anregen, ist keine leichte Sache. Mit dem Buch „Wolfswelt" von Knut Becker könnte es gelingen:

UNZUMUTBARKEITEN

Die Weiterbeschäftigung
von Franz
war mir wirtschaftlich
unzumutbar
Er war dauernd krank
sagte der Chef
Die Kündigung

Die Kündigung ist mir
wirtschaftlich
unzumutbar
erwiderte Franz
Das ist kein
Argument
sagte der Richter

ARBEITSRICHTER

Wenn sich einer beschwert
daß er im Arbeitsrecht
als Arbeiter
kein Recht findet
sollte er doch
bedenken
daß die dortigen Richter
Arbeitsrichter heißen
und nicht etwa
Kapitalrichter



Wie diese Beispiele leicht zu lesen, auch für ungeübte Leser, sind die „Satirischen Texte und Geschichten über Schafe und Wölfe". Sie eignen sich auch zum Vorlesen bei Schulungen oder kleinen Versammlungen, um am Anfang die Aufmerksamkeit der Teilnehmer zu erreichen.

Die Titelgeschichte WOLFSWELT ist eine Fabel auf die Hierarchie im Kapitalismus.

„In einer Zeit des Umbruchs, als sich die Wölfe auf der Erde mühen mußten, ihre Herrschaft über die Schafe neu zu festigen, faßten die nach langer Beratung einen gar klugen Plan. ‚Wir müssen', hatte einer vorgeschlagen, ‚etwas tun, um den Nachteil auszugleichen, daß es soviele Schafe, aber so wenige Wölfe gibt. Trotz unserer Reißzähne erdrücken sie uns sonst mit ihrer Mehrheit. Laßt uns daher versuchen, sovielen Schafen wie eben möglich einzureden, sie wären Halbwölfe und könnten vielleicht im Laufe der Zeit sogar ganz zu Wölfen werden, wenn sie sich nur entsprechend verhielten. Wenn sie uns das glauben, werden sie sicher nicht mehr das Geschäft der Schafe besorgen, sondern das unsere.'"

Im weiteren Verlauf wird die anbiedernde Art der Schafe geschildert, die zu Viertel-, Halb- und Dreiviertelwölfen ernannt wurden. Diese Oberschafe sorgen dann auch für die Unterdrückung jeder Schafe, die behaupten, *„auf der Welt gäbe es nur Wölfe und Schafe und nichts dazwischen".*

Nach dem Vorlesen dieser Geschichte sind Reaktionen fast sicher. „Das ist ja wie ..." und dann folgt je nach Einschätzung der Zuhörer „... im Faschismus", „... in der DDR" oder auch „...das ist ja bei uns genauso". Die Diskussion wird dann fast unweigerlich schnell politisch und ganz grundsätzlich. „Der Wirtschaftskreislauf" ist die Fortsetzung dieser Fabel. Weitere Themen sind die Einheit der abhängig Beschäftigten gegen Unternehmer und Reaktion, die Ausländerfeindlichkeit, Frieden und vor allem die Arbeitswelt. Eine kritische Anmerkung sei zur Reportage „Zum Schutze unserer Freiheit" gestattet. Dort wird die Vision eines Verfassungsschutzes im Sinne der Bevölkerung beschrieben. Ein Verfassungsschutz, der sich um unsere Rechte kümmert gegen die Unternehmer, Arbeitsamt und Kirche, das wird im Kapitalismus sicher eine Illusion bleiben. Unsere Rechte müssen wir uns bekanntlich schon selbst durchsetzen. Das Gedicht „Umkehrschluß" beendet das Buch:

UMKEHRSCHLUSS

Zeig mir doch
ein Land
in dem er funktioniert
dein Sozialismus
sagen sie
Zeigt mir doch
ein Land
in dem es funktioniert
ohne Sozialismus
erwidere ich



Grafiken aus dem Buch

Der Autor: Knut Becker, Jahrgang 1939, Beruf Facharbeiter in der Druckindustrie, aktiver Gewerkschafter und freigestellter BR-Vorsitzender, z. Zt. freiberuflich in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Becker gibt seit neun Jahren die Arbeitsrecht-Zeitschrift „Der Gegenpol" heraus. 1982: Satirebändchen „Ich will ja gar nicht objektiv sein".

Die Grafiken sind vom münchener NGG-Sekretär Winfried Wichert, Jahrgang 1948.

Das Buch ist insgesamt optimistisch und selbstbewußt vom Standpunkt der Arbeiterklasse geschrieben. Jeder, der Humor und Sinn für Arbeiterliteratur hat, wird seine Freude haben.

ftr

Ein Genosse aus Hamburg hat uns die hier wiedergegebene Besprechung des Buches „Wolfswelt — Satirische Geschichten über Schafe und Wölfe von Knut Becker" geschickt. Da das Buch nicht über den Buchhandel bezogen werden kann, hier die Bestelladresse: Knut Becker, Bauerstraße 18, 8000 München 40. Ein Preis ist uns nicht bekannt, ein anderes Buch von K. Becker mit etwas weniger Seiten kostet 9.80 DM, so daß das besprochene Buch nicht allzuviel mehr kosten dürfte. — Redaktion RM.

HINTERGRUND

Der 8. Mai bedeutete den Endpunkt einer geschichtlichen Epoche. Paul Merker, Mitglied der KPD und Widerstandskämpfer im Exil hat in seinem zweibändigen Werk „Deutschland — Sein oder Nichtsein" den Weg „von Weimar zu Hitler" und „Das Dritte Reich und sein Ende" beschrieben.

Von Weimar zu Hitler
Deutschland – Sein oder Nichtsein?
Band 1
Paul Merker
Materialismus Verlag

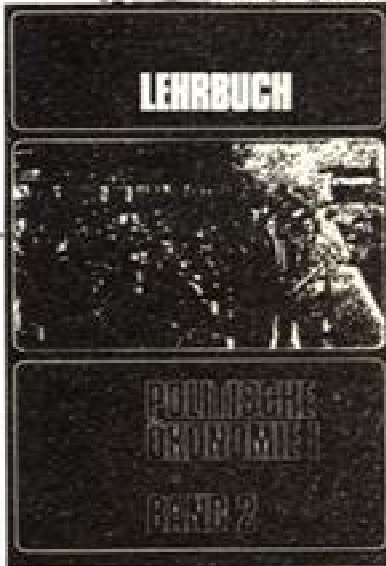
Das Dritte Reich und sein Ende
Deutschland - Sein oder Nichtsein?
Band 2
Paul Merker
Materialismus Verlag

Die beiden umfangreichen Bände mit ausführlichem Register sind wichtige Geschichtsbücher über die Nazizeit.
Band 1 „Von Weimar zu Hitler", 424 Seiten, 22,— DM
Band 2 „Das Dritte Reich und sein Ende", 574 Seiten, 26,— DM

ANALYSE

Politische Ökonomie leicht gemacht. Das schon „klassische" zweibändige „Lehrbuch der politischen Ökonomie" stammt zwar aus den fünfziger Jahren, ist aber — wenn es auch neueste und aktuelle Entwicklungen nicht berücksichtigt, ein guter Einstieg in die marxistische Sicht der Wirtschaftsabläufe sowohl im Kapitalismus als auch der sozialistischen Gesellschaft.





Politische Ökonomie Lehrbuch 1, Die bürgerliche Produktionsweise
359 Seiten, 14,80 DM
Politische Ökonomie, Lehrbuch 2, Die sozialistische Produktionsweise
397 Seiten, 12,80 DM

Nachgezogen hat jetzt die ARD. Nachdem das ZDF ankündigte, künftig zum Programmschluß die Nationalhymne über alle Sende zu schicken, konnten die ARD-Anstalten sich nicht dem Ruf aussetzen, weniger gut deutsch zu sein. So gibt es künftig keinen Programmschluß mehr, ohne das Deutschlandlied. Ob es allerdings den von der „Frankfurter Rundschau" unten dargestellten Effekt haben wird, ist zweifelhaft. Vielleicht wird die Hymne auch das Schlaflied der Nation?



Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgard** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo = Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.
KPD Saar: 6685 **Schiffweiler**, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.